

Grosser Gemeinderat

Worb, 18. Oktober 2022

413. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 17. Oktober 2022, 19:30 Uhr

Sitzungsende 22:56 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Leitung Suter Michael (FDP), Präsident

1. Vizepräsidentin Jost-Pfister Catarina (GLP)

2. Vizepräsident Federer Guido (SP)

1. Stimmzähler Zingg Stephan (SVP)

2. Stimmzähler Marchand Andy (FDP)

Mitglieder Cetin Christopher (EVP)
Cetin Mayk (EVP)
Moser-Utiger Silvia (EVP)
Moser Titus (EVP)

Christensen Sven (FDP)
Hager Rolf (FDP)
Lanfranconi Elena (FDP)
Schmidhalter Norbert (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)
Stucki Daniel (FDP)

Bützberger Ernst (Mitte)
Gfeller Janick (Mitte)
Jorio Marco (GLP)
Wyss Eduard (Mitte)
Zürcher Deborah (parteilos)

Aebersold Daniel (SVP)
Bigler Markus (SVP)
Fivian Bruno (SVP)
Kohli Stephan (SVP)
Reber Markus (SVP)
Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Stucki Simon (SVP)

Bircher Andreas (SP)
Dürst Iris (SP)
Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
Gerber-Maillefer Myriam (Grüne)
Heil Günter (Grüne)
Hodler Adrian (SP)
Marthaler Matthias (SP)
Maurer Rolf (SP)
Mosimann Heidi (Grüne)
Von Arx Roland (Grüne)
Wirth Alfred (SP)

Abwesend	Günther Paula (Grüne) Zwyer Lukas (Mitte)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung (bis 21.26 Uhr; Geschäft Nr. 5) Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung
Sachverständige	Berger Peter (bis 21.26 Uhr; Geschäft Nr. 5) Sieber Christian (bis 21.26 Uhr; Geschäft Nr. 5)
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 12. September 2022: Genehmigung
3. 21/0 Finanzplanungen
Finanzplanung 2023 – 2027: Genehmigung
4. 21/10 Budgets
Budget 2023: Genehmigung
5. 21/10 Budgets
"Steuersenkung prüfen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Wasserversorgung, Netzersatz in Koordination mit Fernwärme BAC; Bergweg, Hinterhausstrasse, Bächimattstrasse, Alte Bernstrasse West, Scheyenholzstrasse: Kreditbewilligung
7. 51/10/2 Kantonspolizei
Kantonspolizei; Einkauf von Leistungen: Kreditbewilligung
8. 33/10 Werkhof-Fahrzeuge, -Geräte, -Material
"Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges", dringliche überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion: Stellungnahme
9. 37/1 Energie
"Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage", dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 37/1 Energie
"Energiemangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?", dringliche Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme
11. 37/1 Energie
"Die Gemeinde Worb und die Stromkrise", Interpellation der Mitte/glp-Fraktion: Stellungnahme
12. 41/40/0 Asyl- und Flüchtlingswesen
"Freie Mobilität für Bewohner und Bewohnerinnen des RZB Enggistein", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
13. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsident Suter Michael: Bekanntermassen sind an der letzten Sitzung diverse Vorstösse zum Thema Energiekrise eingegangen. Diese betreffen zwar verschiedene Fragen, sind thematisch jedoch ähnlich. Ich schlage euch daher vor respektive stelle den Antrag zur Traktandenliste, dass wir die Diskussion über die Vorstösse, welche die Energiekrise/Energiemangellage betreffen, zusammenfassen. Sollte jemand nicht dafür sein, werden wir die Geschäfte wie üblich gemäss Traktandenliste separat behandeln. Ich eröffne die Diskussion über diesen Antrag. Möchte sich jemand dazu äussern? Wenn dies nicht der Fall ist, stimmen wir über den Antrag ab.

Beschlussfassung zum Antrag von Michael Suter, dass die Diskussion über die Vorstösse, welche die Energiekrise/Energiemangellage betreffen, zusammengefasst wird:

Dem Antrag von Michael Suter wird einstimmig zugestimmt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 413	17.10.2022	1	2021/24-125	143	12/0/0

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich weiss, es wird schon viel gesprochen und gemunkelt über die Kosten der Sanierung im Worboden. Verständlicherweise ist es ein Riesenthema hier in Worb, aber es ist auch ein Riesenprojekt und es geht um viel Geld. Es ist schon etwas länger als zwei Jahre her, seit wir hier den Projektierungskredit bestimmt haben, um das Projekt in einem Studienauftrag zu lancieren. Die Ausschreibung ist sogleich erfolgt und drei Planerteams sind für die Präqualifikation in die engere Wahl gezogen worden. Das Ergebnis aus dieser Präqualifikation wurde im Januar 2022 der Öffentlichkeit präsentiert und die drei erarbeiteten Konzepte in der Verwaltung während zehn Tagen ausgestellt. Basierend auf dem Siegerprojekt hat der Grosse Gemeinderat im März 2022 einen Projektierungskredit von 690'000 Franken für ein Vorprojekt Plus mit dem Kostenvoranschlag genehmigt. In der Zwischenzeit liegt dieses Vorprojekt Plus mit möglichen Ausführungspositionen vor. Das Planerteam hat nun den Auftrag zu evaluieren, was überhaupt möglich und kostenwirksam ist. Das heisst, wo gibt es noch Optimierungen oder was sind die Konsequenzen, auch kostenmässig, falls man auf einen der Sanierungsstandards verzichtet. Man wollte dem Ausführungskredit für die Gesamtsanierung des Oberstufenzentrum Worboden genügend Zeit einräumen. Es bringt nichts, schnell etwas zu machen. Es muss genau durchleuchtet, informiert und hinterfragt werden, in welcher Form die grosse Schulanlage überhaupt saniert werden soll. Gegen Ende dieses Jahres wird das Geschäft in den zuständigen Kommissionen behandelt. Im Grossen Gemeinderat sind zwei Lesungen im ersten Quartal 2023 vorgesehen. Sollten die zwei Lesungen gut vorankommen und wird dem Sanierungskredit zugestimmt, so haben wir im Sinn, der Stimmbevölkerung voraussichtlich im Sommer, ca. im Juni, die ganze Vorlage zur Abstimmung zu unterbreiten. Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, dass es Zeit ist zu informieren in welche Richtung das Projekt geht, wann die Behörden und das Parlament in diesen Prozess involviert werden. Es ist uns, dem Gemeinderat, wichtig, dass hier genau hingeschaut wird und man Schritt für Schritt an dieses Projekt der Gesamtsanierung des Schulhauses Worboden herangeht.

Jorio Marco, Mitte/ glp: Es geht zwar wieder einmal um viel Geld, aber ich glaube es ist umso wichtiger, dass man eine kleine Kultureinlage hat, die Worb betrifft. Die Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte gibt unter anderem viermal im Jahr das Heft "Kunst und Architektur" heraus und ist jeweils einem Thema gewidmet. Das letzte war "Bauten für die Jugend", wo über Jugendherbergen, Erziehungsheime und Ähnliches be-

richtet wird. Ein Artikel ist den Jugendhäusern gewidmet. Natürlich werden vor allem die städtischen Jugendhäuser wie das Drahtschmidli in Zürich behandelt, aber es gibt auch ein Kapitel über Jugendhäuser im ländlichen Raum. Als erstes und fast einziges der Deutschschweiz wird unser Worber Jugendhaus mit Foto vorgestellt. Ich reiche das Heft zur kulturellen Weiterbildung in die Runde während der Finanzdiskussion. Ich glaube, ich beginne beim Gemeinderat, der hat es besonders nötig.

Protokoll der Sitzung vom 12. September 2022: Genehmigung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 2	Beschlusnummer 2021/24-126	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Finanzplanung 2023 - 2027: Genehmigung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 3	Beschlusnummer 2021/24-127	Geschäftsnummer 34730	Archivnummer 21/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Die Vorbemerkung der GPK bezieht sich sowohl auf die Finanzplanung wie auch auf das Budget. Die GPK hat den Sachverständigen einen ganzen Fragekatalog zum Budget und zur Finanzplanung unterbreitet. Die Fragen sind vor unserer Sitzung prompt und zuverlässig eingetroffen und waren nicht erklärungsbedürftig. Die Fragen haben sich auf finanztechnische Aspekte, auf Abweichungen und generelle Sachen bezogen, worauf wir umfassend Auskunft erhalten haben. Danke an Lenka Kölliker und Jonas Weil. Ein Punkt zur Finanzplanung möchte ich aus diesem Fragenkatalog zitieren. Es geht um die Seite sieben, zu den Planungsergebnissen. Hier war die Frage der GPK: "Kann man die Finanzplanung 2023 – 2027 so zusammenfassen: Die Gemeinde Worb rechnet in den kommenden Jahren mit einer Defizit- und einer Schuldenwirtschaft. Defizit zwischen 1,2 und 1,9 Millionen Franken pro Jahr und einer Schuldenwirtschaft über die Schuldenbremse hinaus. Sind vor allem die Investitionen, namentlich die Sanierung des Worbodens verantwortlich?" Die Antwort aus dem Finanzdepartement lautete: "Ja, das ist so. Es bleibt aber die Hoffnung, dass die Rechnung 2023 besser abschliessen wird als budgetiert, wie das in den Vorjahren geschehen ist." Wir nehmen dies so zur Kenntnis. Innerhalb der GPK haben wir uns gesagt, dass das Problem ganz stark auf der Einnahme- und weniger auf der Ausgabeseite zu finden ist, da man die Investitionen unbedingt machen will. So viel aus Sicht der GPK, nun liegt es an den Fraktionen, dies zu beurteilen.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Ich freue mich, euch die Finanzplanung 2023 – 2027 vorstellen zu dürfen. Ihr habt die umfassenden Unterlagen erhalten. Wir machen es so wie im letzten Jahr und präsentieren euch den Finanzplan auf Folien, die wir vorbereitet haben. Einleitend basiert der Finanzplan 2023 – 2027 auf dem Budget 2023 und die folgenden Jahre werden auf dieser Basis aufgebaut. Die Erstellung des Finanzplans, wie auch das Budget waren in diesem Jahr extrem schwierig. Nach drei Jahren Corona, wo wir zum Teil zu pessimistisch oder optimistisch waren, kam nun der Ukraine-Krieg dazu. Die Energieknappheit, steigende Energiepreise usw. bescherten uns einiges an Arbeit. Wie gesagt, wir basieren auf dem Budget 2023 und das schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1,4 Millionen Franken ab, was nicht ganz einem Steuerzehntel entspricht. Damit ihr die Zeitachse von Finanzplan und Budgeterstellung versteht, was hier eine ziemlich grosse Rolle spielt, kann man sich sicher einmal fragen, warum man das eine berücksichtigt und das andere nicht. Die Zahlen liefern uns die einzelnen Departemente und Abteilungen Ende April, anfangs Mai und im Juni erhalten wir die Vorgaben des Kantons, mit welchem Steuerertrag, Anstieg, Lastenausgleich usw. wir rechnen sollen. Im August werden die Zahlen von der Fiko bearbeitet und anschliessend im September zweimal im Gemeinderat behandelt. Heute ist es Mitte Oktober und die Zahlen sind aus dem 1. Semester, was auch berücksichtigt werden muss. Zweiter wichtiger Faktor ist die kantonale Planungsgruppe. Sie rechnet für das kommende Jahr mit einem Steuerzuwachs bei den Natürlichen Personen von 3,1 Prozent. Für die folgenden

Jahre mit einem Zuwachs von 1,5 Prozent. Das haben wir auch so berücksichtigt. Wie Bruno bereits erwähnt hat, warten einige Investitionen auf uns, insbesondere im Hochbau, was ein grosser Teil des Finanzplanes ausmacht. Wir rechnen während der ganzen Periode mit einer Steueranlage von 1,7 Einheiten. Hier die Übersicht über die Basisdaten: Wie gesagt, Steueranlage von 1,7, Anzahl der Bevölkerung steigend, nämlich von 11'310 im Jahr 2023 zu ca. 11'570 im Jahr 2027, davon abgeleitet die Steuerpflichtigen, Steuerertrag habe ich gesagt, Steuerertrag Vermögen konstant bei 2 %, Personalaufwand und Sachaufwand 1 % usw. Das sind die Basisdaten. Die vom Kanton erhaltenen Zahlen müssen wir 1:1 übernehmen und betreffen den Lastenausgleich von 2023, Lehrergehälter, Öffentlicher Verkehr, Soziales, Ergänzungsleistungen, Familienzulagen und Neue Aufgabenteilung. Wenn ihr die Zahlen von 2023 bis 2027 anschaut, seht ihr eine Linie, alles nach oben. Es zeigt keine einzige Zahl, die konstant bleibt oder sich nach unten verändert. Das haben wir so übernehmen müssen, was ich auch noch einmal erwähnen möchte. Den Nettoaufwand Finanz- und Lastenausgleich seht ihr auf der drittletzten Linie. Für 2023 rechnen wir mit 16,4 Millionen Franken und auf Ende der Periode mit 17, fast 18 Millionen. Das sind die kantonalen Zahlen. Jetzt kommen wir zu unseren Investitionsprojekten, was wir beurteilen und beeinflussen können. Der allgemeine Nettoinvestitionskredit zeigt die letzte Spalte und wir rechnen 2023 – 2027 mit knapp 30 Millionen Franken. Die erste Spalte ist der Gesamtkredit für die aufgeführten Jahre und über 2027 hinaus. Wir rechnen mit 30 Millionen Franken für diese fünf Jahre. Der grösste Posten, wie Bruno erwähnte, betrifft den Unterhalt und die Sanierung der Schulanlagen, vor allem für den Worbboden. Das sind insgesamt 23 Millionen, davon sind 19 Millionen für den Worbboden vorgesehen. Der grösste Peak ist in den Jahren 2024/2025 mit 8 Millionen 2024 und fast 10 Millionen 2025. Weiteres ist Strassenbau oder Unterhalt Liegenschaften mit einer Million. Wasser und Abwasserversorgung netto mit einer Spezialfinanzierung von 1,6 oder 1,8 Millionen, wie im letzten Jahr. Übersicht Entwicklung Steuerertrag: Ich habe es schon erwähnt, da haben wir die Vorgaben des Kantons übernommen, 3,1 % Anstieg für das Jahr 2023 und dann kontinuierlich 1,5 %, also die untere Linie zeigt die Einkommenssteuer, die obere Linie den Gesamtsteuerertrag. Für das Jahr 2022 sind 23 Millionen budgetiert, 2023 bis 2027 sind es 26 Millionen bei den Natürlichen Personen. Ergebnis allgemeine Haushalte, so zeigt die untere Linie das Ergebnis der einzelnen Jahre. Wie gesagt für 2023 liegt der Verlust bei 1,4 Millionen, ebenso für 2024. Für 2025 bis 2027 werden wir uns nahe der Verlustgrenze von 2 Millionen bewegen. Die blaue Linie ist auch wichtig. Sie zeigt den Bilanzüberschuss, der momentan 10 Millionen beträgt. Dieser Betrag wird wegen den erwähnten Investitionen kontinuierlich sinken. Fremdmittelentwicklung, die Darlehen werden Ende 2022 bei rund 19 Millionen liegen. Die sollten auch für 2023 reichen. Es sieht aus, als müssten wir ab 2024 zusätzlich Fremdmittel aufnehmen. Mit der momentanen Schuldengrenze sind wir gut unterwegs, aber 2025, 2026 könnten wir die definierte Grenze von 40 Millionen knacken, auch wegen diesen Investitionen. Spezialfinanzierung Wasser, Abwasser werde ich überspringen. Die technisch ausgewiesenen Finanzkennzahlen zeigen einen deutlich Trend. Es werden schwierige Zeiten auf uns zukommen. Fazit: Unsichere Planungssicherheit, Energieknappheit, unbekannte Energiekosten, also eine schwierige Prognose in der Finanzplanung. Wir rechnen mit 1,7 Steuereinheiten über die ganze Periode, auf der anderen Seite Investitionen von 30 Millionen. Schuldengrenze habe ich erwähnt und Investitionen ebenfalls. Die vollständige Finanzplanung habt ihr erhalten, man kann sie auch auf der Webseite herunterladen.

Lanfranconi Elena, FDP: Bekanntlich debattieren wir heute über den Finanzplan und das Budget. Eine Debatte, die in der Regel immer etwa gleich abläuft. In diesem Jahr ist sie aber deutlich anders. Weder der Finanzplan noch das Budget sind wesentlich anders, sondern die Rahmenbedingungen. Fast jede Woche erreichen uns neue Hiobsbotschaften. Heizen wird teurer, die Stromkosten explodieren, ja es droht sogar eine Abschaltung, Krankenkassenprämien steigen rasant und zu allem kommt noch die Teuerung. Wo diese Reise endet, weiss niemand. Viele Leute machen sich Sorgen und schauen mehr auf ihr Portemonnaie als letztes Jahr. Wir Politikerinnen und Politiker sind in dieser Situation besonders gefordert und müssen dieser speziellen Situation Rechnung tragen. Rechnung tragen, indem wir genau hinschauen und sorgfältig und zurückhaltend planen. Zuerst möchte ich mich für die Bearbeitung von unserem Postulat herzlich bedanken. Wir haben verlangt, dass eine Steuersenkung geprüft wird, und der Gemeinderat hat das gemacht. Die heute vorliegenden Informationen sind für uns hilfreich und dafür bedanken wir uns bestens. Beim Finanzplan fällt etwas besonders auf: Das Schulhaus Worbboden. Ein starker Einflussfaktor auf unsere Finanzen haben die Investitionen für die Sanierung der Schulanlage. Die Kostenentwicklung dieses Projektes kommt uns ähnlich transparent vor, wie die Krankenkassenprämien oder der Strompreis. Die Zahlen steigen dauernd und wenn man versucht den Grund zu verstehen, ergeben sich mehr Fragen anstatt Antworten. Bekanntlich haben wir einen Planungskredit von einem stolzen Betrag von 690'000 Franken bewilligt. Es war vorgesehen, dass das Projekt an der heutigen

Sitzung im GGR behandelt wird, aber das ist offensichtlich nicht der Fall. Es sickert einzig durch, dass die Kosten explodieren. Die Entwicklung der Kosten dieses Projekts hat eine eindruckliche Story. Im Finanzplan 2021 bis 2025 waren es 10,7 Millionen Franken, ein Jahr später, 2022 bis 2026 sind es 13,15 Millionen Franken und im aktuellen Finanzplan mittlerweile schon 19 Millionen Franken. Der Worboden ist eines der grössten Projekte, welches wir in den letzten Jahren hatten und hat für unsere Gemeinde eine sehr grosse Bedeutung. Über die Gründe dieser markanten Kostenexplosion tappt das Parlament heute aber im Dunkeln. Das Parlament soll aber vorsorglich im Finanzplan zu diesen Zahlen schon mal ja sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Blindflug geht so nicht. Die FDP ist sich dessen bewusst, dass der Finanzplan nur eine Planungsgrundlage darstellt und die tatsächlichen Kosten davon abweichen können. Das ist auch in Ordnung so. Es kann aber nicht sein, dass am Parlament 13,15 Millionen vorgelegt werden und diese Zahl sich im Finanzplan plötzlich in eine 19 verwandelt. Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass sie unter diesen Umständen nicht mit gutem Gewissen Ja zu diesem Finanzplan sagen kann. Wie ich am Anfang bereits erwähnte, haben wir dieses Jahr sehr spezielle Rahmenbedingungen und das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger wird stark strapaziert. Wir müssen sorgfältig planen und hinschauen. Für Bürgerinnen und Bürger muss nachvollziehbar sein, was in unserer Gemeinde mit dem Steuerfranken passiert. Bei so grossen Differenzen wie im Worboden ist die FDP-Fraktion nicht bereit mit den Schultern zu zucken und diesen Finanzplan so durchzuwinken. Die FDP-Fraktion weist den Finanzplan zurück und verlangt bei diesem Hauptinvestitionsposten Schulhaus Worboden mehr Transparenz.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Ja, der Finanzplan, alle Jahre wieder. Als ich meine Rede vorbereitete, habe ich die alten Reden hervorgeholt und prüfte, was ich gesagt hatte und komme noch einmal auf das Gleiche zurück. Was ist der Finanzplan eigentlich? Erstens ist dieser nicht verbindlich. Es ist eine Richtschnur. Man könnte sagen, es ist der Faden, den man nicht verlieren darf. Es ist das Instrument des Gemeinderates und zwar braucht es der Gemeinderat als Beurteilungsinstrument. Man muss wissen, wohin man will, das will aber nicht heissen, dass man stur auf der Spur bleibt. Wir haben es soeben gehört beim Wobo. Ich sehe es etwas anders. Es steht eine Zahl im Raum und wir wissen nicht, was die Details sind, aber ich würde mir auch nicht anmassen, darüber zu urteilen. Dafür haben wir ein Projekt, welches jetzt aufgelegt wird. Ob dies 19 oder 13 Millionen sind, was auch immer, das kommt sicher noch ein paarmal hier vorbei. Das tut eigentlich nicht viel zur Sache, denn es ist nicht verbindlich. Man kann auch sagen, es ist eine rollende Planung. Es wäre vermessen, wenn in einer Gemeinde alles genau fixiert würde im Finanzplan. Das kann man nicht. Wir haben gehört, es bestehen viele Unsicherheiten und wir wissen nicht, was morgen ist. Es ist schwierig deshalb zu planen, es ist auch schwierig für das Departement Finanzen. Wir haben von einer Steuersenkung oder nicht Senkung gehört und in Anbetracht der Talfahrt, die uns auf dem Beamer gezeigt wurde, muss gut überlegt sein, ob man sich dies leisten kann.

Bruno Fivian, SVP: Wie jedes Jahr im Oktober haben wir die Finanzinstrumente zur Beurteilung vor uns liegen. Ebenfalls wie jedes Jahr wird darauf hingewiesen, dass man mit den Investitionen im Rückstand sei und dass man weiter investieren soll. Ich möchte mein Hauptaugenmerk auch auf diese Investitionen richten und muss vorweg erwähnen, dass wir von der SVP im Grundsatz nicht gegen Investitionen sind oder gegen damit verbundene Sanierungen von Gemeindeimmobilien. Allerdings haben wir festgestellt, dass es bei uns aber ein Aber gibt und das heisst, nicht zu jedem Preis. Für 19 Millionen ein vernünftiges Projekt kann okay sein, für 13,5 Millionen eine Luxusausführung geht für uns nicht. Schaut man sich den Finanzplan an, ist eine Sache auffällig und auch wir kommen auf das Schulhaus Worboden zu sprechen. Wie ihr wisst, haben wir in der ersten Sitzung in diesem Jahr über einen Projektierungskredit für dieses Schulhaus abgestimmt. Damals wurde in diesem Zusammenhang über die Kosten der Sanierung diskutiert und die SVP hat an diesem Abend zu diesem Projektierungskredit einen Abänderungsantrag gestellt. Dieser Antrag verlangte, dass es mindestens eine Ausführungsvariante zum Preis von 13,5 Millionen enthalten sollte. Dieser Preis war auch im letzten Finanzplan für die Sanierung so eingestellt. Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Damals haben wir unsere Bedenken geäussert, dass wir zum Schluss einen Ausführungskredit über 20 Millionen auf dem Tisch hätten, denn am Abend, als uns das Projekt in den Fraktionen vorgestellt wurde, wurde über solche Zahlen gesprochen. Der Bauvorsteher hat mir damals gemäss dem Protokoll entgegnet, dass dies eine Zahl sei, die wir selbst erfunden hätten und die Gemeinde nie solche Zahlen erwähnt hätte. Ich nahm diesen Vorwurf zur Kenntnis, denn ich wusste ehrlich gesagt nicht mehr genau, wie es gewesen ist. In der Zwischenzeit ist es mir eigentlich auch sogar ein wenig egal, aus welchem Mund damals die Zahl genannt wurde, denn Fakt ist, dass man aus den beiden letzten Finanzplänen folgendes herauslesen kann: 1. Den Preis, den die SVP erfunden hat, ist gar

nicht so weit daneben, da im vorliegenden Finanzplan jetzt plötzlich 19 statt 13,5 Millionen im letzten Jahr eingestellt sind. 2. Im letzten Finanzplan waren die 13,5 Millionen in sieben Segmente aufgeteilt und jetzt im aktuellen Finanzplan ist ein Gesamtkredit von diesen 19 Millionen eingestellt und das scheuert genau unsere Befürchtung, die wir bereits im März geäußert haben, dass wir zuletzt einen Gesamtkredit von 20 Millionen vor der Nase haben ohne Variante, ohne die Möglichkeit über einzelne Ausführungen befinden zu können, der Kredit dann als alternativlos dargestellt und im Schulhaus Worbboden ein Luxusprojekt durchgeprügelt wird. Deswegen schliessen wir uns dem vorliegenden Rückweisungsantrag der FDP an.

Matthias Marthaler, SP+Grüne: Der Finanzplan und das Budget 2023 basieren für uns auf realistischen Zahlen. An dieser Stelle möchte ich Lenka und ihrem Team danken. Natürlich sind diese Zahlen nicht rosig, wir verstehen und sehen es auch so, aber durch die Risiken, die uns weiterhin begleiten werden und auch durch die Energiekrise sind wir eigentlich sehr froh, dass sauber und aus unserer Sicht transparent gearbeitet worden ist. Auch, dass man eher vorsichtig ist bei der Erhebung der Zahlen. Im Rückweisungsantrag, den wir heute auf dem Tisch liegen hatten, sehe ich auch nicht unbedingt, dass Transparenz gefordert wird, sondern die 13 Millionen für den Worbboden. Wir finden, wenn man den Bedürftigen in der jetzigen problematischen Situation unter die Arme greifen möchte, ist dies nicht mit dem Budget zu regeln. Es gibt andere Departemente, welche Vorstösse und Projekte lancieren müssen. Deswegen bleiben wir momentan noch dabei und genehmigen das Budget sowie den Finanzplan.

Cetin Mayk, EVP: Auch von unserer Seite, der EVP-Fraktion, ein herzlicher Dank für die Bearbeitung, die unglaublich schwierig war in diesem Jahr. Fast schwieriger als damals, als ich mit Stephan in der Finanzkommission war. Die Rahmenbedingungen sind nicht zu unterschätzen und unter diesem Aspekt eine vernünftige, verlässliche Planung machen zu können ist kaum möglich. Catarina hat es richtig gesagt, der Finanzplan ist eine Richtschnur, die unsere Finanzstrategie abspiegelt und wir absolut unterstützen. Was zeigt diese Finanzstrategie? Sie zeigt, dass wir diesen Investitionsstau, von dem wir seit drei Jahren sprechen, über diese Finanzperiode abbauen wollen. Abbauen, damit sie nicht für die nächste Generation zur Hürde wird. Tönt schön fair. Wir wissen auch, dass genau in schwierigen Zeiten für unsere Wirtschaft solche Aufträge für Investitionen in den nächsten Jahren ausgelöst werden sollten. Aufträge, hoffentlich auch für unser Gewerbe hier in der Region. Dort sehen wir Chancen und es ist nicht so schlimm, wie es dargestellt wird. Wobo ist effektiv ein grosses Thema, welches auch bei uns grosse Diskussionen auslöst, aber ich möchte daran erinnern, was gesagt wurde, die grossen Brocken kommen nicht im Jahr 2024 sondern 2025/2026. Das heisst, Bruno hat es auch gesagt, wir werden hoffentlich Ende dieses Jahres in den Kommissionen das Thema im Detail bearbeiten und behandeln. In unterschiedlichen Kommissionen, finanztechnisch und in der Bildungskommission, wo wir uns alle voll einbringen können. Im Q1 werden wir im GGR die erste und zweite Lesung haben und auch dort können wir uns voll einbringen. So gesehen startet die Mitwirkungsphase erst jetzt und ich denke, es wäre fair, wenn wir die bereits geleistete Arbeit der Kommissionen würdigen und Finanzplan sowie Budget genehmigen.

Kölliker Lenka, Departementvorsteherin Finanzen: Vielen Dank für die Voten. Wie gehört, ist es ein Planungsinstrument mit dem Ziel, alle Projekte auf den Tisch zu legen und als Faden, respektive Finanzplanungshilfe zu nehmen. Die 19 Millionen, der einzige strittige Punkt hier, hat nicht nur mich überrascht, sondern auch die Fiko. Wie schon gesagt, wir nehmen die Zahlen, die uns die einzelnen Departemente liefern. Die Verantwortung liegt im Moment weder bei der Fiko noch beim Gemeinderat, die Zahl herabzusetzen oder nicht. Wir arbeiten mit dem, was uns die Bauabteilung konkret liefert. Vielleicht hilft es, wenn dies Bruno noch erläutert.

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Selbstverständlich sage ich noch gerne etwas dazu, wie es zu den 19 Millionen im jetzigen Finanzplan 2023 bis 2027 gekommen ist. Ich möchte euch daran erinnern, dass wir bereits im Jahr 2010 einen Kredit genehmigt haben, damit die ANS Architekten eruieren, wieviel die Renovation dieses Schulhauses kosten würde. Die ANS kam vor 12 Jahren auf eine Zahl von ca. 13 Millionen. Deshalb sind auch die 13,5 Millionen in der Finanzplanung erschienen. Man hat seither gewisse Sachen saniert wie den Lehrerbereich und Dächer. In der Präqualifikation der drei Projekte, welche im Vordergrund standen, wurden die Kosten auf ca. 19 Millionen Franken geschätzt. Dies passierte Anfang dieses Jahres. Aus diesem Grund hat man die 19 Millionen in die Finanzplanung genommen. Das war der einzige Grund, dies waren die ersten Planungen und Kostenschätzungen, wohin es führen könnte. Ich kann jetzt nicht sagen, wohin es schlussendlich geht, aber eins muss ich euch noch sagen, die 19 Millionen sind schon heute nicht mehr aktuell.

Wenn man von einer Kostenexplosion spricht, Explosion ja, wenn man den ganzen Zeitrahmen anschaut, wo man einmal war und wohin es gehen könnte. Hätte man vielleicht schon vor 10 Jahren sanieren sollen, anstatt immer die Investitionen zu verschieben. Das rächt sich heute und die Schwelle ist hoch. Aber ich glaube und hoffe, dass wir zusammen einen guten Prozess durchgehen und das Schulhaus endlich sanieren können. Warum das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt nicht in den GGR kommt, hat folgenden Grund: Im Gemeinderat ist die Zahl der Kosten bekannt, wir möchten aber die finanziellen Auswirkungen kennen, was Optimierungen oder Verzichte zur Folge haben. Diese Auswirkungen möchten wir in der Botschaft, die auch an euch geht, präsentieren. Wir werden das Projekt also genauer anschauen und die Auswirkungen jeder Variante prüfen. Das war uns sehr wichtig. Ob jetzt das Projekt ein halbes Jahr früher oder später beginnt, spielt keine Rolle. Wir wollen mit einer möglichst guten Vorbereitungsphase starten. Das zur Erklärung, warum vorher die 13,5 Millionen waren und jetzt 19 Millionen.

Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP Fraktion beantragt die Rückweisung des Finanzplans 2023-2027 und die Anpassung der Kosten der Gesamtsanierung des Oberstufenzentrums Worboden auf CHF 13.15 Mio.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 20 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 20 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Finanzplanung 2023 – 2027, basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften, wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Budget 2023: Genehmigung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 4	Beschlusnummer 2021/24-128	Geschäftsnummer 34638	Archivnummer 21/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Ich mache es wieder kurz. Der Fragekatalog zum Finanzplan und Budget wurde von den Sachverständigen, Lenka Kölliker, Jonas Weil und ihrem Team, zur Zufriedenheit der GPK beantwortet. Ich würde auch hier gerne eine Frage zitieren und zwar betrifft diese Frage die Finanzkennzahlen, Seite XIV: "Ist die Einschätzung 2023 richtig, dass die abgebildeten Finanzkennzahlen insgesamt alles andere als berauschend sind, um nicht zu sagen, dass sie zum Teil sogar als besorgniserregend zu taxieren sind?" Antwort: "Ja, das sind sie schon seit Längerem, mindestens teilweise, tatsächlich so. Zwar konnte die Gemeinde seit 2016 kontinuierlich Schulden abbauen, aber mit den geplanten Investitionsvorhaben werden diese wieder ansteigen." Worboden lässt grüssen. "Allerdings noch nicht im nächsten Jahr, wie dies dem geringen Investitionsanteil von nur 6,1 % zu entnehmen ist." Auch hier liegt ein gewisses Mass an Hoffnung, was man auch haben darf. Wir haben noch eine zusätzliche Frage an dich, Lenka. Im Budget 2023 ist etwas abgebildet, was

die jetzige Finanzkrise betrifft und die Teuerung von 3-4 %. Nicht gerade 10 % wie in UK. Ist da irgendetwas abgebildet? Den Teuerungs- und Inflationseffekt? Dies würden wir noch gerne wissen.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Das Budget 2023 schliesst mit einem Aufwandüberschuss oder anders gesagt, mit einem Verlust von 1,4 Millionen Franken ab und basiert auf einer Steueranlage von 1,7 Einheiten. Ich möchte mich nicht wiederholen, aber wie erwähnt, ist die Erarbeitung des Budgets eine Herausforderung in der jetzigen Zeit. Wichtig, der Gesamtsteuerertrag liegt bei rund 1,2 Millionen Franken über dem Wert der effektiven Zahlen von 2021, was einem Zuwachs von 3,8 % entspricht, aber er liegt rund 1,47 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert vom Jahr 2022. Man kann sich fragen, warum wir nach unten korrigiert haben. Wir haben bei der Erstellung vom Budget 2023 festgestellt, dass die Anzahl der Steuerpflichtigen im Budget 2022 zu hoch budgetiert wurden. Das aufgrund geplanter Bautätigkeiten usw.. Zu Beginn des Jahres 2022 haben wir, aufgrund effektiver Zahlen von der Polizeibehörde, festgestellt, dass weniger steuerpflichtige Personen in der Gemeinde Worb leben. So kam es zu einer Korrektur. Die Prognose der kantonalen Planungsgruppe ist vorsichtig optimistisch und rechnet mit einer Zuwachsrate von 3,1 %. Diese Zahl haben wir in das Budget übernommen. Die Nettoinvestitionen, das ist die Ausgabeseite, planen wir für 2023 mit einem Betrag von 3,3 Millionen und 3,5 Millionen Bruttoinvestitionen. Die Verschuldung liegt per 1. Januar 2022 bei 19 Millionen Franken und sollte für das Jahr 2023 reichen, so dass wir die Schuldengrenze in diesem budgetierten Jahr noch nicht erreichen. Der Bilanzüberschuss, also die Reserven, die wir haben, liegt per 1. Januar 2022 bei 10,6 Millionen Franken. Jetzt möchte ich ein paar Worte zu den grossen Positionen auf der Aufwand- und Ertragsseite sagen. Der Transferaufwand, das ist auf der Grafik der gelbe Teil des Kuchens, macht ganze 56 % aus. Das ist Geld, das wir dem Lastenausgleich schicken, kantonale Beiträge an Gemeinwesen usw.. Der blaue Teil ist Personalaufwand und liegt aktuell bei 11 Millionen oder 18,5 % und der dritte grosse Teil ist der Sach- und übriger Betriebsaufwand mit 10 Millionen, ca. 17,3 %. Der Gesamtaufwand liegt 1,5 Millionen Franken unter dem Vorjahresbudget. Der grösste Anteil macht der Personalaufwand aus, welcher sich gegenüber dem Budget 2022 um 215'000 Franken oder 2 % erhöht. Wir haben mit einem Leistungsanstieg von 1 % gerechnet, wobei die Teuerungszulage noch nicht berücksichtigt ist. Das war vielleicht die Frage von der GPK. Der Anstieg des Personalaufwandes ist auch auf zusätzliche Stellen im Departement Soziales zurückzuführen, aufgrund steigender Zahlen in den Bereichen Sozialhilfe und KES und die Schulsozialarbeit wurde von 150 auf 200 % aufgestockt. Der Sachaufwand liegt 413'000 Franken oder 4 % über dem Budget von 2022. Hauptmehrkosten sind vor allem auf Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Ver- und Entsorgung Liegenschaften, Verwaltungsvermögen, Dienstleistungen und Honorare Dritter zurückzuführen. Wir mussten Transportkosten für Schüler erhöhen, was schlussendlich auch Einiges ausmacht. Abschreibungen steigen um 86'000 Franken oder 4,5 % und der Finanzaufwand liegt erfreulicherweise um 24 % unter dem Budgetwert des Vorjahres. Wir konnten Darlehen zu recht guten Bedingungen abschliessen. Der Transferaufwand hat sich auch um 7 % reduziert. So viel zu der Aufwandseite. Ertrag: Der blaue Balken, gross wie jedes Jahr, zeigt den Ertrag aus Steuereinnahmen, der sogenannte Fiskalertrag mit 57 %. Wir liegen bei fast 33 Millionen. Das sind überwiegend die natürlichen Personen mit 27 Millionen, juristische mit 1.4 und übrige direkte Steuern mit 4 Millionen. Der Gesamtertrag reduziert sich gegenüber dem Budget 2022 um 3 Millionen Franken oder um 5 %. Den Grund dafür habe ich bereits erwähnt, die Anzahl der steuerpflichtigen, natürlichen Personen, die wir korrigiert haben. Die Entgelte liegen bei 3,6 % über dem Vorjahresbudget. In der Abwasserentsorgung wurde die Benützungsg Gebühr pro Kubikmeter von 1.50 auf 1.70 erhöht, was ein Mehrertrag von knapp 132'000 Franken ausmacht. Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierung betrifft die Kälteanlage im Wislepark die erneuert wurde mit 1,6 Millionen Franken. Der Transferertrag liegt um eine fast halbe Million oder 4 % unter dem Budgetwert. Der Minderertrag ist zur Hauptsache auf die tieferen Unterstützungskosten für die Sozialhilfe zurückzuführen. Da hat der Kanton vor einem Jahr zu hoch budgetiert und zum Glück hat es sich nicht allzu schlecht entwickelt. Nettoinvestitionen liegen bei 3,3 Millionen, wovon der grösste Betrag für die Gesamtsanierung des Worbodens eingesetzt wird. Weitere sind Strassen-sanierungen von fast einer Million und die restlichen Positionen sind aufgelistet. Gefragt wurde nach dem Neubau der Tagesschule Worb, dort laufen die restlichen Umgebungsarbeiten. Fazit: ein schwieriges Jahr für uns, gewisse Unsicherheiten und deshalb stehen wir im Vergleich zum Budget 2022 um 1,5 Millionen schlechter da. Der Hauptgrund für die Schlechterstellung sind zur Hauptsache die Steuererträge. Die Investitionen, die wir im nächsten Jahr machen, liegen bei 3,5 Millionen. Die vollständigen Unterlagen kann man auf der Homepage herunterladen, ihr habt sie alle erhalten.

Lanfranconi Elena, FDP: Gerne möchte ich noch einmal auf meine Ausführungen zum Finanzplan zurückkommen. In Zeiten von explodierenden Heiz- und Stromkosten, steigenden Krankenkassenprämien und einer allgemeinen Teuerung müssen wir uns als Gemeinde doppelt überlegen, welche Rechnung wir Bürgerinnen und Bürger auf den Tisch legen wollen. Die Sensibilität ist hoch. Aufgrund dieser aussergewöhnlichen Lage ist es sicher nicht falsch, wenn wir ein Zeichen setzen und das Versprechen aus dem Jahr 2014 einlösen, nämlich, dass die Steuererhöhung seinerzeit nur temporär war und dass die hohen Worber Steuern bald sinken werden. Das Versprechen aus dem Jahr 2014 ist in der Zwischenzeit ein Providurium geworden und die Glaubwürdigkeit dieses Versprechens nimmt ab. Es wäre nicht falsch, respektive angebracht, wenn wir in Worb in dieser speziellen Zeit von angespannten Finanzen für unsere Bürgerinnen und Bürger ein Zeichen setzen würden. In Worb wird notorisch pessimistisch budgetiert. Es wird in der ganzen Gemeinde niemanden überraschen, wenn die Rechnung am Schluss besser ist als das Budget, welches uns heute präsentiert wird. Aufgrund dieser aussergewöhnlichen Lage wäre es nicht falsch, wenn wir für einmal nicht pessimistisch budgetieren und versuchen, mit einem um 0,5 Punkte reduzierten Steuersatz zu fahren. Es wäre deshalb nicht falsch, da wir in den letzten Jahren Reserven von 10 Millionen Franken angesammelt haben und dadurch über einen gewissen Puffer verfügen, welcher länger als nur für die nächsten zwei, drei Jahr ausreicht. Die FDP-Fraktion weiss, dass hohe Investitionen auf uns zukommen und in Anbetracht dieser Investitionen kann man schon argumentieren, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuerentlastung ist. Das ist eine mögliche Sichtweise. Auf der anderen Seite war der Zeitpunkt einer Steuerentlastung noch nie so wichtig wie jetzt. Auch wenn die Differenz für jeden einzelnen schlussendlich vielleicht nicht so gross ist, zählt im Moment jeder Franken. Auf jeden Fall wäre zum jetzigen Zeitpunkt eine Steuersenkung von 0,5 Punkten ein wichtiges Zeichen. Ein Zeichen, welches für die Gemeinde durchaus verkraftbar wäre und ein Zeichen, welches bei Bedarf auch reversibel wäre, wenn es nötig sein sollte. Die FDP weist das Budget zurück und beantragt ein Budget mit einem Steuersatz, welcher um 0,5 Punkte reduziert ist. Die wichtigsten Gründe möchte ich noch einmal wiederholen. Strom, Heizung, Krankenkasse, alles wird massiv teurer. Die Gemeinde muss auf diese ausserordentliche Lage reagieren, Signal setzen und mit einem zurückhaltenden Budget helfen, das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger zu schonen. Pessimistisch budgetieren und danach Freude darüber zeigen, weil das Resultat besser ist als geplant, ist in der heutigen Zeit nicht das Richtige. Die Gemeinde hat Reserven und so ist ein Budget mit einem reduzierten Steuersatz absolut vertretbar. Aus umliegenden Gemeinden wissen wir, dass eine zurückhaltende Steuerbelastung mit ein wenig gutem Willen durchaus möglich ist. Falls es später wegen Investitionen mehr Steuereinnahmen braucht, kann man auch wieder darauf reagieren. Und, zu guter Letzt, Versprechen muss man einhalten, wenn man glaubwürdig sein möchte. Im Jahr 2014 war die Rede davon, nach zwei Jahren zurück zum alten Steuerniveau zurückzukehren.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/qlp: Ich möchte im Besonderen auf die Steuereinnahmen zu sprechen kommen. Wir haben es gehört, weil sie doch sehr wichtig sind. Ich habe mir Überlegungen gemacht und will nicht in Zahlendetails gehen. Bisher kein grosses Thema, berechenbar oder nicht, denken wir an die Leute in meinem Alter mit Jahrgang 1961, 62 oder 63. Das sind riesige Jahrgänge und stehen kurz vor der Pensionierung. Es sind starke Jahrgänge und ich erinnere mich an die vielen Kinder damals. Vergessen wir dies nicht. Wir sehen dies übrigens jetzt gerade bei den Lehrern sehr krass, wo viele pensioniert werden. Was heisst das, wenn ich pensioniert werde? Ich habe nicht mehr den grossen Lohn, sondern eine Rente und noch etwas AHV, also komme ich nicht mehr auf das gleiche Einkommen und entsprechend bezahle ich weniger Steuern. Bei einigen ist es weniger, bei anderen mehr. Ich warne davor und wir sollten dies aufnehmen, denn es wird eine grosse Summe in den nächsten Jahren sein, die fehlen wird. Nach ein paar Jahren, keiner weiss wann, nimmt es bestimmt wieder ab und wir können uns vielleicht wieder erholen. Für mich spielt dies eine wichtige Rolle, was mit den Steuereinnahmen passiert. Weil wir momentan eine Bautätigkeit erleben, hoffen alle, dass viele Leute kommen. Dies heisst aber noch nicht, dass sie auch viel Geld bringen und entsprechend viele Steuern bezahlen. Je nachdem wer kommt ist Qualität vor Quantität. Wir hoffen, dass Bauprojekte vorankommen, die bestimmt eine Stütze für die Gemeinde sein werden. Das sehe ich sehr positiv, aber weniger positiv als zuvor Elena. Ich bin nicht pessimistisch und habe nicht Angst, aber ich habe Respekt von der nächsten Entwicklung. Keiner weiss, was uns erwartet und wir wollen die Hoffnung nicht verlieren. Ich komme noch einmal darauf zurück, wir wissen nicht, was morgen ist. Sicher wäre es schön, den Bürgern gegenüber ein Zeichen zu setzen, ganz bestimmt, aber es ist im Moment nicht angebracht. Das hat nichts mit einer pessimistischen Budgetierung zu tun, denkt an das Volle. Wenn wir beim Bauen Investitionen haben, dann ist der Preis nach einem halben Jahr wieder anders und falls dieser sinken wird, sagen wir sicher nicht nein. Aber momentan ist es anders und wie hoch wissen wir auch nicht. Irgendwann hoffen wir, ist es fertig.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Es ist wie beim Finanzplan. Aufgrund der volatilen Situation begrüßen wir das realistische Budget. Man hat auf das Ergebnis des letzten Jahres reagiert, wie uns Lenka mitgeteilt hat und die Zahlen angepasst. Dafür bedanken wir uns und haben damit einen Überblick, welcher transparent und ehrlich ist. Bautätigkeiten, die überfälligen Investitionen, die nun angegangen werden, Energiemangellage und alles was noch auf uns zukommen wird und nicht bekannt ist. Die letzten Monaten haben uns gezeigt, dass mit Einigem zu rechnen ist. Eine vorsichtige Budgetierung ist angebracht und daher genehmigen wir das Budget. Ich habe noch eine Frage: Falls wir nun das Budget ablehnen würden, wie lange würde es dauern, bis wir ein Neues haben und zweitens, wenn wir in das neue Jahr ohne Budget starten würden, werden wir dann auf die gebundenen Ausgaben zurückgeworfen oder wie sähe dies aus?

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Zum Budget haben wir bereits einige Voten gehört. Es sei zu vorsichtig, auf der anderen Seite dürfte man eher mehr Gas geben. Wir haben in der eigenen Fraktion darüber diskutiert und wie selten zuvor stelle ich fest, dass wir in unserer Fraktion exakt das Parlament widerspiegeln. Es gibt sehr viele verschiedene Meinungen sowohl zum Budget wie auch zu dessen Rückweisung. Ich möchte nicht ins Detail gehen, denn es gibt gute Gründe, das Budget anzunehmen, aber auch abzulehnen. Diese Gründe wurden von den Vorrednern bereits erwähnt. Wir von der SVP-Fraktion haben sowohl für das Budget wie auch für die Rückweisung dieses Budgets Stimmfreigabe beschlossen.

Cetin Mayk, EVP: Gegen eine Entlastung der Bevölkerung kann niemand sein, die Frage aber ist zu welchem Preis und mit welchem Instrument. Wir sind klar der Meinung, dass eine jetzige Steuersenkung das absolut falsche Instrument wäre. Wer schon länger dabei ist, weiss, wie schwierig es war, eine Steuererhöhung zu erreichen, welche damals nötig war. Elena, ich kann mich nicht an ein Versprechen erinnern, dass wir nach zwei Jahren wieder zum Status Quo zurückkehren würden. Unter gewissen Umständen wurde dies vielleicht erwähnt, aber ein Versprechen kann man in den Finanzen nicht machen. Was heisst es, das Budget zurückzuweisen, neu auszuarbeiten mit einem neuen Steuersatz? Es würde bedeuten, dass wir eine neue Sparrunde anstossen würden. Das haben wir hier schon mehrmals gemacht. Wer schon länger dabei ist weiss, was dies bringen würde, nämlich sehr viel Aufwand und wenig Ertrag. Zum Schluss wurde bei der Webseite eingespart oder wo könnte man noch gross sparen? Bei den neuen Helmen für die Feuerwehr? Ich weiss es nicht. Wir wissen, dass unser Handlungsspielraum als Gemeinde sehr gering ist. Vieles wird vom Kanton vorgegeben, die grossen Kostenpunkte hat uns Lenka gezeigt, sind Kostentreiber, die der Kanton bestimmt. Aufgrund der Herausforderung, die uns bevorsteht, wäre ein Antrag für eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt falsch und wird von der EVP-Fraktion nicht unterstützt.

Hodler Adrian, SP+Grüne: Von meiner Seite nur eine kurze persönliche Bemerkung zu diesem Antrag für eine Steuersenkung. Klar, ich bezahle auch nicht sehr gerne Steuern, es gibt durchaus Sachen, die mir lieber sind im Leben, aber man sollte etwas weiterdenken. Es geht hier um die Gemeinde, dass sie ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen und Investitionen tätigen kann. Deshalb ist von mir aus gesehen der leicht egoistische Standpunkt sicher nicht angebracht. Erstaunlich ist auch der Zeitpunkt der Forderung. Die Gemeinde budgetiert einen Verlust von knapp 1,5 Millionen Franken und die FDP hat den Gedanken einer Steuersenkung. Vor diesem Hintergrund möchte ich gerne Lenka als FDP-Gemeinderätin zitieren, als sie in der letzten Worber Post geschrieben hat, dass eine Steuersenkung jetzt unseriös wäre. Wie ihr sicher bemerkt habt, kann ich deshalb mit dem Rückweisungsantrag und der Steuersenkung nichts anfangen.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Danke für die Voten und die Fragen. Ich beantworte zuerst die Frage der GPK betreffend Teuerung. Ich habe erwähnt, zu welchem Zeitpunkt das Budget und der Zeitplan entstanden sind. Wir haben uns an die kantonalen Vorgaben gehalten und wir haben keine zusätzliche Teuerung budgetiert, weder auf der Aufwand- noch auf der Ertragsseite. Eine Inflation würde steigende Kosten verursachen, aber auf der Lohnseite einigermaßen kompensiert und würde steigende Steuererträge mit sich bringen, wenigstens teilweise. Nun zur Frage von SP betreffend Ablehnung. Für ein neues Budget rechnen wir mit einem Zeitaufwand von ca. zwei Monaten, also das ganze Prozedere durch alle Departemente, Fiko und Gemeinderat. Das heisst, wir wären dann vielleicht bis zu der Dezember Sitzung bereit für ein neues Budget. Jetzt zum Antrag der FDP. Ich könnte euch erzählen, dass ich zwei Hüte trage. Auf der einen Seite einer für die FDP und auf der anderen einer für den Gemeinderat. Aber dem ist nicht so, ich trage immer nur einen Hut. Wer mich kennt weiss, dass ich eine grosse Vertreterin einer restriktiven Finanzpolitik, für tiefe Steuern und

einen schlanken Staat bin. Ich habe mich oft über den Steuersatz von 1,7 Einheiten geäussert. Elena sowie die FDP haben recht, wir haben 2014 den Steuersatz temporär erhöht. Was heisst temporär? Doch sicher weniger als acht, also für mich 3 bis 6 Jahre. Ich verstehe, dass Worb mit 1,7 Einheiten ziemlich unattraktiv in der Landschaft steht und wie ich in der Worber Post geschrieben habe, lag mir eine Steuersenkung bis am 24. Februar auch stark am Herzen. Wir haben den Budgetierungsprozess durchgemacht und die Arbeit mit der Fiko war gut. Ich finde, es ist der falsche Zeitpunkt. Ich bin sofort bereit, den Steuersatz zu verändern, aber es muss in einem vernünftigen Rahmen, Investitionen abdecken und realistisch sein.

Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Budget 2023 mit der Forderung einer Anpassung des Steuerfusses von 1.65 Einheiten.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 26 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 26 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Das Budget für das Jahr 2023 mit einem Aufwand von 59'158'263.85 Franken und einem Ertrag von 57'713'373.70 Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von 1'444'890.15 Franken, wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2023 werden folgende Gemeindesteuern festgelegt:
 - ordentliche Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte das 1,70-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 1,3 Promille vom amtlichen Wert der Liegenschaften.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Ratspräsident Suter Michael: Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, habe ich einen Antrag für euch. Es geht um das Traktandum 7. Da geht es um die Kantonspolizei; Einkauf von Leistungen: Kreditbewilligung. Wie ihr seht, haben wir zwei Vertreter von der Kantonspolizei da, welche ebenfalls als Experten eingeladen wurden, um allenfalls Fragen zu beantworten oder kurz etwas zu sagen. Ich möchte die Personen, welche im öffentlichen Dienst stehen, nicht länger warten lassen und würde mir daher erlauben, das Traktandum vorzuziehen. Ist jemand mit diesem Antrag nicht einverstanden?

Beschluss zum Antrag von Michael Suter, das Traktandum 7 Kantonspolizei; Einkauf von Leistungen: Kreditbewilligung vorzuziehen:

Dem Antrag von Michael Suter wird zugestimmt.

Kantonspolizei; Einkauf von Leistungen: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 5	Beschlussnummer 2021/24-129	Geschäftsnummer 32250	Archivnummer 51/10/2
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Bei diesem Geschäft geht es aus Sicht der GPK schlussendlich um Sicherheit hier in Worb. Was ist Sicherheit? Ist es etwas Objektives? Ist es etwas Subjektives? Ein Beispiel: Ich habe eine Pistole gekauft. Bin ich jetzt sicherer? Ich fühle mich sicherer, also subjektiv. Mein Nachbar weiss nicht, dass ich eine Pistole besitze, er fühlt sich sicher. Sobald er aber weiss, dass ich eine habe, wird er sich vielleicht nicht mehr so sicher fühlen. Es geht eigentlich um das Gefühl von Sicherheit. Wie verkauft man Sicherheit, auch in der Bevölkerung? Was machen wir, damit die Leute das Gefühl von Sicherheit haben? Wie misst man Sicherheit? Mord- und Kriminalitätsraten, Indikatoren, die ich eigentlich gar nicht kenne hier in Worb und nie gesehen habe. Die GPK hat vor allem eine Frage, die wir an den Sicherheitsdirektor, Urs, richten. Es geht um Brennpunkte, die man sicherer machen möchte. Wir haben uns in der GPK folgende Überlegungen gemacht: Wir haben keinen Drogenhandel da in Worb, gibt es einen Strassenstrich, ein Bordell? Was könnten Brennpunkte sein? Ich als Anwohner erlebe den Bärenplatz als ruhig, in der Nacht sogar als sehr ruhig. Was sind also Brennpunkte? Das möchte ich gerne wissen und die Frage ist, was ist der Mehrwert dieser Übung? Es geht nicht um viel, es geht um 20'000 Franken, aber es geht um das Gefühl unserer Sicherheit.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Vor drei Jahren hat die Gemeinde Worb die Initiative ergriffen und zu einer Informationsveranstaltung für die Gemeinden der Region eingeladen. Wir haben uns zum neuen Polizeigesetz des Kantons Bern informiert und über Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Das war im Oktober 2019. Damals wussten wir nicht, was kommen würde. Die Pandemie fing an, inzwischen haben wir die Ukraine-Krise, Strommangellagen und das Thema Sicherheit ist in den Fokus gerückt. Uns war damals schon klar, dass die Gemeinden im Bereich Sicherheit eine Verantwortung tragen und diese wahrnehmen müssen. Seit diesem Zeitpunkt wurden wir von der Kantonspolizei informiert und im ganzen Prozess bestens unterstützt. Heute Abend sind anwesend: Christian Sieber, Regionen-Chef Bern-Mittelland, Emmental-Oberaargau und Peter Berger, Bezirks-Chef in der Region Münsingen, Konolfingen, Worb. Die Älteren unter uns stellen fest, dass es sich um den alten Amtsbezirk Konolfingen handelt. Die Gemeinden, die sich da zusammengetan haben, ist auch die Region, die abgedeckt wird. Herzlich willkommen ihr beiden. Ihr steht zur Verfügung, um am Schluss Fragen zu beantworten. Auch die Frage von der GPK würde ich gerne ins Schluss-Votum nehmen. Die Pandemie hat uns die eine oder die andere Schwierigkeit bereitet. Schritt für Schritt haben wir Bedürfnisse erhoben, wir begannen zu verhandeln und hier eignen sich Video-Konferenzen nicht unbedingt für einen Austausch. Man muss sich viele gleichberechtigte Partner vorstellen, die miteinander verhandeln, Diplomatie. Das hat sich ziemlich in die Länge gezogen und sehr viel Detailarbeit musste geleistet werden. Das Resultat all dieser Diskussionen und Verhandlungen legt euch der Gemeinderat jetzt vor. In Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden aus der Region Worb, Bigenthal, Kiesen- und Aaretal soll ein Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei abgeschlossen werden. Da wir eh die geschuldeten, sogenannten pauschalisierten Kosten mitrechnen können und wir einen Teil der Ausgaben, die wir bisher für Sicherheitsfirmen gebraucht hatten, verschieben, bleiben schlussendlich Kosten von zwei Franken pro Einwohner und Jahr. Da aber das Bruttoprinzip zählt, sieht der Kredit anders aus, der geht über das Ganze. Dafür erhalten wir ein Plus an Sicherheit in Form von präventiver Präsenz in Umfang von 2,7 Personen. Besser gesagt, die geleisteten Arbeitsstunden von 2,7 Personen der Kantonspolizei. Wir erhalten Unterstützung in der Amts- und Vollzugshilfe und wir erhalten Leistungen gemäss dem Katalog, den ihr als Anhang vom Ressourcenvertrag erhalten habt. Wir erhalten also einen Mehrwert in Arbeitsstunden, welche in den beteiligten Gemeinden geleistet wird. Ein weiterer Mehrwert besteht in der Stärkung der Zusammenarbeit dieser Gemeinden. Als grosse Gemeinde hat Worb eine besondere Verantwortung, deshalb haben wir auch die Initiative ergriffen und den Prozess massgeblich vorangetrieben. Nicole Geser hat die Hauptarbeit geleistet, bei der Ausarbeitung der Verträge wurde sie von Jürg Bigler unterstützt. Besten Dank an dieser Stelle. Ohne Worb könnten die anderen Gemeinden vermutlich diesen Vertrag kaum stemmen, denn sie müssten entsprechend pro Einwohner mehr bezahlen. Ohne Münsingen, die andere grosse Gemeinde, wäre dies auch nicht möglich gewesen. Das Parlament von

Münsingen hat im September diesem Vertrag einstimmig zugestimmt. Wichtrach, Konolfingen, Rubigen als weitere, grosse Gemeinden haben ebenfalls bereits zugesagt. Die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit anderen Gemeinden, ist sicher ein grosser Gewinn. Wir sind in der Zusammenarbeit in operativem Bereich und in strategischem Gremium und wir haben vor allem in diesem Arbeitsprozess in den letzten drei Jahren Vertrauen aufbauen können, was uns in der Zusammenarbeit in anderen Bereichen auch nützlich sein wird. Ich bin überzeugt, dass wir gewisse Probleme nur gemeindeübergreifend in der Region lösen können und wenn ihr nun zustimmt, zeigt sich Worb auch als starken und verlässlichen Partner und hilft uns hie und da zu offenen Türen mit anderen Anliegen. Und 3. haben wir einen Mehrwert dank der engen Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Wir können auf das Jahresprogramm Einfluss nehmen, wir können Brennpunkte definieren und wir sind in nahem Kontakt zu generell sicherheitsrelevante Fragen. Sehr profitieren konnten wir auch von Herrn Urs Lüthi, Abteilungsleiter Sicherheit der Stadt Burgdorf. Burgdorf hat langjährige Erfahrung mit der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und wir konnten ihn immer wieder beziehen, um Fragen zu klären aus Sicht der Gemeinden. Die beiden Verträge sind Entwürfe, der Gemeinderat ist zuständig, diese noch im Detail auszuarbeiten. Wir beantragen dem GGR, den Bruttokredit zu genehmigen. Ich bin gespannt auf eure Wortmeldungen.

Wirth Alfred, SP+Grüne: Zu diesem Geschäft gibt vorab ein grosses Dankeschön für die ausführlichen Unterlagen. Sauber und klar verfasst, alles ist erwähnt und somit keine Wundertüte. Wir können entnehmen, dass das kantonale Polizeigesetz per 1. Januar 2020 einige Erneuerungen gebracht hat und was vom Kanton kommt, ist meistens nicht billiger. Es wurde klar, dass man jetzt in der öffentlichen Sicherheit regional besser zusammenarbeiten sollte, und das wurde auch anderen Gemeinden bewusst. Mit diesem ausgearbeiteten Ressourcenvertrag ist es möglich, die polizeiliche Präsenz zu erhöhen und damit die Interventionszeit zu verkürzen. Teile, die heute private Sicherheitsdienste abdecken, können in Zukunft durch die Kapo übernommen und dadurch auch effizienter erledigt werden. Einige haben sich gefragt, ob es überhaupt in Worb Brennpunkte gibt. Meistens findet man diese am Bahnhof, auf Schulanlagen oder Grillplätzen. Wir werden darüber noch etwas erfahren. Blicken wir zurück und nehmen als Beispiel die Demonstrationen, welche landauf und landab gegen Corona-Massnahmen durchgeführt wurden. Nach altem Vertrag hätte dies enorme zusätzliche Kosten verursacht. Mit dem neuen Ressourcenvertrag kann man versicherungstechnisch solche Vorkommnisse besser abdecken. Klar, es kostet 20'000 Franken mehr, aber die bessere Leistung, die dadurch erzielt wird, steigert die öffentliche Sicherheit und Berechenbarkeit auf der finanziellen Seite. Die SP+Grüne-Fraktion wird dieses Geschäft klar unterstützen.

Bigler Markus, SVP: Mit der Einführung des neuen Polizeigesetzes per 1. Januar 2020 wurden einige Neuerungen eingeführt. Der Interventionsvertrag zwischen der Gemeinde und der Kantonspolizei wurde aufgelöst. Die Aufgaben der privaten Sicherheitsfirma Protectas in der Höhe von 68'000 Franken fliessen neu zur Kapo. Die Kapo verspricht mehr Präsenz zu markieren und Hotspots selbst zu berunden. So sollen von der Gemeinde vorgegebene Schwerpunkte und Kontrollen laut Ressourcenvertrag durchgeführt werden. Die Kapo auf dem Land ist heute schon eher knapp mit Personal, somit kann nicht gesagt werden, ob es besser wird. Eine Patrouille mehr am Wochenende nachts in allen Vertragsgemeinden ist nicht viel. Es ist auch nichts Neues und durch die Medien bekannt, dass die Kapo momentan viele Abgänge hat und es zum Teil auch schwierig ist, neue Mitarbeiter zu finden. Ob die eingekauften Leistungen alle, wie geplant, erfüllt werden können, ist noch nicht sicher. Wir von der SVP-Fraktion haben dem Gemeinderat vorgängig zwei Fragen gestellt. Die erste Frage: Was passiert im Fall, wenn die Kantonspolizei die eingekauften Leistungen aufgrund Personalmangel nicht erfüllen kann? Gibt es Rabatt oder was ist vorgesehen? Zweite Frage: Wie kann kontrolliert werden, ob die eingekauften Leistungen erbracht wurden? Wir von der SVP-Fraktion werden der Kreditbewilligung sicher zustimmen.

Schmidhalter Norbert, FDP: Ich kann es gleich vorwegnehmen, wir von der FDP werden dem zustimmen. Gerne schliesse ich mich dem Vorredner an und danke für die transparenten und sauberen Unterlagen. Ich finde, es ist klar dargelegt, wo der Mehrwert dieses Geschäftes liegt, und wir sind überzeugt, dass durch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine sinnvolle Lösung gefunden worden ist. Die verstärkte Präsenz der Kapo wird sicher die subjektive Sicherheit der Gesamtbevölkerung verstärken. Ich nehme an, dass der Gemeinderat näher darauf eingehen wird, wo Brennpunkte sind und ich kann Andreas nur sagen, dass meine persönliche subjektive Sicherheit viel grösser ist, denn mein Nachbar hat eine Pistole, denn er ist Polizist. Die

FDP hat zwei Fragen, rein informativ. Wir sehen aus der Botschaft, dass die Gemeinden Vechigen und Grosshöchstetten am Anfang des Prozesses dabei waren. Es würde uns interessieren, warum sie jetzt, gemäss Botschaft, den Vertrag nicht mitunterzeichnen werden. Das ist die eine Frage, die andere: Die Parkplatzkontrolle wird weiterhin von der Securitas durchgeführt. Das ist sicher sinnvoll aber die Frage ist, wieviel Ertrag steht eigentlich beim Aufwand von 54'000 Franken gegenüber?

Moser Titus, EVP: Es wurde schon viel gesagt. Auch wir von der EVP sehen es als ein sehr gutes Geschäft an und danken dem Departement für die seriöse Vorbereitung. Sicherheit ist ein subjektives Gefühl und wie schon erwähnt, wo sind die Brennpunkte? Für mich ist es dort, wo sich Leute nicht mehr ungestört, ohne schlechtes Gewissen bewegen können und sie ein ungutes Gefühl begleitet. Hier haben wir einen Ort, wo wir uns nicht mehr wohl fühlen und schlussendlich zu einem Brennpunkt wird, falls dies immer am gleichen Ort ist. Sicherheit ist klar eine staatliche Aufgabe. In der Vergangenheit konnte der Kanton die Polizei nicht mehr stellen, deshalb ist man ausgewichen auf Private. Das Problem der Privaten ist, dass sie genau gleich viel können wie du und ich. Sie können an die Vernunft appellieren oder die Polizei aufbieten, aber sie dürfen keine Ausweiskontrolle oder Wegweisungen machen. Das sind schlussendlich staatliche Aufgaben und ich finde es ist am richtigen Ort, wenn man diese Aufgaben der Polizei wieder zurückgibt. Mit der regionalen Zusammenarbeit haben wir eine gute Chance, dies wieder gerade zu rücken, wo man vor einiger Jahren durch Einsparungen schlussendlich an Private weitergegeben hat.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Vielen Dank für eure Fragen. Ich bringe Christian Sieber das Mikrofon. Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass ihr diesem Geschäft positiv gegenübersteht. Zuerst zu den Fragen, die am einfachsten zu beantworten sind, die aber am längsten dauerten, bis alles zusammengetragen worden ist. Wir wollen weiterhin Sicherheitsfirmen einsetzen für Kontrollen vom ruhenden Verkehr, denn hier macht es einfach keinen Sinn, diesen Auftrag der Kantonspolizei zu geben. Wir haben hier einen Aufwand von rund 54'000 Franken Aufwand und auf Ertragsseite sind 40'000 Franken Bussen. Darf Nicole Geser mit Erlaubnis des Präsidenten etwas sagen?

Geser Nicole, Leiterin Polizeiabteilung: Erträge sind die 40'000 Franken Bussen, dann haben wir Einnahmen von den Ticketautomaten im Bereich von ca. 50'000 Franken und 25'000 Franken für Parkkarten, die wir verkaufen.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Also ein Total von 115'000 Franken und im Budget kann nachgeschaut werden, was für nächstes Jahr geplant ist. Es wurde gefragt, warum Vechigen und Grosshöchstetten nicht mitmachen. Vechigen, die Gemeinde, die bei uns auch in der Zivilschutzorganisation mitmacht, war am Anfang bei den Informationsveranstaltungen dabei. Polizeilich fühlen sie sich aber eher Richtung Worblental orientiert. Wenn es in Richtung Münsingen und Konolfingen geht, fühlen sie sich weniger zugehörig. Das war der Grund, warum sie nicht mitgemacht haben. Grosshöchstetten war auf der operativen Ebene sehr aktiv dabei und es tut mir leid, dass dies dort ein Loch gibt. Ihre Begründung mir gegenüber war, dass sie eine Hunde-Security einsetzen, sind damit zufrieden und wollen nichts ändern. Weil sie nicht teilnehmen, werden sie vielleicht bei einem abgesetzten Notfall profitieren können, dass eine Patrouille in der Gegend und früher dort sein wird. Aber der grosse Nachteil ist, dass sie beim Jahresprogramm nicht mitreden können und haben auch den nahen Kontakt zur Kapo nicht in der Art, wie wir ihn haben. Es wurde auch gefragt, wie Kontrollen durchgeführt werden, ob die Kapo die Leistungen auch wirklich erbringt. In euren umfangreichen Unterlagen habt ihr gesehen, dass es von der Kapo eine Berichterstattung gegenüber dem strategischen Organ gibt, welches aus den Gemeinderäten der teilnehmenden Gemeinden besteht. Die Gemeinderäte nehmen diesen Bericht der Kapo entgegen, informieren sich was gelaufen ist und aufgrund dessen und aufgrund der Erfahrungen und den Bedürfnissen werden die Jahresziele des nächsten Jahres zusammen mit der Kapo bestimmt. Gibt es eine Garantie zu den Leistungen? Da wird uns Christian Sieber noch etwas dazu sagen, aber es ist ein Vertrag und die Kapo garantiert uns, dass sie diese Arbeitsstunden leisten. Wie sie das machen, ist nicht unser, sondern ihr Problem. Sie sind verpflichtet, ansonsten haben wir einen Vertragsbruch. Frage an Christian Sieber: Haben wir denn diese vielen Polizisten tatsächlich auch? Was passiert, wenn nicht genug Personal zur Verfügung steht?

Sieber Christian, Sachverständiger: Ich liefere euch ein paar Zahlen, um zu zeigen, dass ich sicher bin, dass wir den Vertrag einhalten können. Ich habe in der Region rund 330 Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier

also von weniger als einem Prozent Leistung, die ich sofort erbringen muss. Ihr bekommt diese Personen physisch. Jetzt habe ich diese nicht einfach auf Vorrat. Ich muss diese rekrutieren, ausbilden und stationieren und das dauert drei Jahre. Ich kann euch die Leistung aber aufgrund des Grössenverhältnisses sofort erbringen, das wird daher kein Problem mit den Stunden. Was heisst dies lokal? Lokal hat es schon einen Einfluss. Wir haben zurzeit einen Soll-Bestand auf der Wache in Worb von acht Mitarbeitern. Also 2,7 mehr oder nicht zu haben, ist ein Unterschied. Ich will nicht sagen, dass die beiden oder die drei Stellen nach Worb kommen. Das muss innerhalb des Projekts noch verteilt werden, ob nach Münsingen oder Worb oder wie das aussehen soll. Diese Zahlen sprechen deutlich und macht mich sehr sicher, dass wir diesen Vertrag einhalten können. Wie gesagt, werden wir diese Leistungen stundenmässig aber auch qualitativ ausweisen im Dialog mit dem Gemeinderat. Die operative Seite, Nicole Geser, wird uns strategisch führen, das heisst, sie wird die Ziele nennen und Mittel sprechen, diese 2,7 Stellen, die ihr heute allenfalls guthessen werdet. Dann werden Zielsetzungen von einem klar umgrenzten Problem gemacht und wir werden wieder zusammensitzen, um zu besprechen, ob Erfolge erzielt wurden oder nicht. Wie es operativ taktisch umgesetzt wird vom Spezialisten, dem Bezirkschef, meinem Kollegen Peter Berger und seinen Leuten gemacht. Erfahrungen mit anderen Verträgen zeigen, dass es immer sehr gut geklappt hat.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Wir haben noch eine Frage offen: Was ist ein Brennpunkt? Vielleicht allgemein, aus der Sicht der Kapo, was ist ein Brennpunkt?

Sieber Christian, Sachverständiger: Die Gemeinde ist zuständig für die ganze Sicherheitspolizei, das heisst für alles, was nicht unter Strafprozessordnung läuft. Einfach ausgedrückt für Gefahrenabwehr, also bevor etwas passiert, die Sicherheit zu erstellen, subjektiv wie objektiv. Ein Brennpunkt kann auch thematisch sein, wie die Jugendproblematik im Sommer. Ob hier jedes Mal die Polizei aufkreuzen muss, ist eine andere Frage, aber wir haben hier eine sehr breite Klaviatur. Wir kommen nicht und zeigen jemanden an, im Gegenteil. Wir haben die Möglichkeiten da wir über hoheitliche Mittel verfügen, so dass ein Problem einer Lösung zugeführt werden kann. Ein privater Sicherheitsdienst kann meine Tochter zurückweisen, sollte sie in einem öffentlichen Raum Alkohol trinken. Das ist hoffentlich nicht der Fall, aber ich muss ja auch nicht alles wissen. Das löst mein Problem als Vater nicht, weder objektiv noch subjektiv. Es mag sich beruhigen, aber wiederholt sich wieder. Wir hingegen können weitergehen, können das Gespräch mit den Eltern oder über die Gemeinde mit anderen zuständigen Behörden suchen und erzielen somit Erfolg. Also, es geht nicht immer um eine Anzeige. So kann ein Brennpunkt thematisch sein. Ein Brennpunkt kann aber auch räumlich sein, wie zum Beispiel ein Verkehrsproblem auf einem bestimmten Strassenabschnitt oder an einem Bahnhof. Vielfach treffen die beiden Brennpunkte thematisch und räumlich zusammen, aber in Worb gibt es keine offene Drogenszene, keinen Strassenstrich oder ein Ähnliches, welches der Bevölkerung subjektiv zu einem Problem werden könnte. Temporär kann natürlich so etwas auftreten. Ich kann auch in Worb Drogen kaufen und käufliche Liebe hat es hier auch schon gegeben aber nicht, dass es zu einem Problem geworden ist. Falls es zu einem Problem werden sollte, so habt ihr jetzt den Schlüssel dazu, um dort schnell und flexibel reagieren zu können. Auftraggeber seid ihr.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Vielleicht wurde es bisher von euch nicht bemerkt, aber wir haben dauernd reagiert wie zum Beispiel in der Sonnhalde, wo sich spät am Abend Leute mit Autos getroffen haben. Wir haben eine Sicherheitsfirma bezahlt und den Auftrag erteilt, vor Ort zu sein. So stieg der Betrag für diese Sicherheitsfirma, die mit ihrer Dauerpräsenz wirkt. Wenn keine Fragen mehr offen sind, möchte ich mich noch einmal bei Christian Sieber und Peter Berger bedanken, dass sie da waren. Ich hoffe auf ein wichtiges Zeichen gegen aussen vom Worber Parlament für dieses Geschäft.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 36 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei durch Abschluss eines Ressourcenvertrages mit der Sicherheitsdirektion wird genehmigt.
2. Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben für den Ressourcenvertrag abzüglich der gesetzlich festgelegten pauschalisierten Kosten gelten als bewilligt und sind in das jeweilige Budget aufzunehmen; sie dürfen den Betrag von CHF 100'000.00 nicht überschreiten; betroffen ist das Konto 501.3611.07 der Erfolgsrechnung.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Suter Michael gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.26 bis 21.40 Uhr. Der Protokollführer.)

"Steuersenkung prüfen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 6	Beschlusnummer 2021/24-130	Geschäftsnummer 35887	Archivnummer 21/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Schweizer Hans Peter, FDP: Begründen für das nächste Jahr ist leider durch. Wir hätten, glaube ich, für das nächste und vielleicht auch für das übernächste Jahr, sehr wahrscheinlich mit diesem halben Steuerzehntel der Bevölkerung etwas Gutes getan. Wir akzeptieren diesen Mehrheitsentscheid über das Budget und den Finanzplan, worüber ihr abgestimmt habt, ein grosser Teil des Parlaments darüber abgestimmt hat. Wir denken aber, sollt die Rechnung 2023 besser ausfallen als budgetiert, haben wir wahrscheinlich von verschiedenen Seiten im Parlament Unterstützung, so dass wir sicher im nächsten Jahr eine Steuersenkung angehen können. Bedanken möchte ich mich noch für die Bearbeitung des Postulats durch die Finanzabteilung. Wir haben gute Zahlen erhalten. Vielen Dank und ich hoffe auf das nächste Jahr.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP findet es gut, dass die Auswirkung einer Steuersenkung geprüft wurde. Die Zahlen, die dabei rausgekommen sind, werden bei uns in der Fraktion verschieden interpretiert. Ihr habt es ja in der Abstimmung festgestellt. Die SVP wird das Postulat der FDP-Fraktion "Steuersenkung prüfen" als erheblich erklären.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Steuersenkungen prüfen" wird als erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

Wasserversorgung, Netzersatz in Koordination mit Fernwärme BAC; Bergweg, Hinterhausstrasse, Bächimattstrasse, Alte Bernstrasse West, Scheyenholzstrasse: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 7	Beschlusnummer 2021/24-131	Geschäftsnummer 35112	Archivnummer 33/42
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat das Geschäft wie alle anderen gründlich angeschaut. Auslöser ist ja der Anschluss von vielen Häusern in Rüfenacht an das Fernwärmenetz. Das dabei gleichzeitig die 55 – 80-jährigen

Graugussleitungen ersetzt werden und auch andere Mängel an der Infrastruktur behoben werden, ist einleuchtend und wird auch begrüsst. Wir hoffen, dass Betreiber von anderen Infrastrukturen, also vor allem Kanalisation, Swisscom, UPC und BKW mitmachen und ihre Anlagen ebenfalls modernisieren. Uns würde interessieren, hat das bereits stattgefunden, weiss man das bereits, ob andere mitmachen oder ist die Gemeinde allein. Eine Frage, die wir uns gestellt haben, ist zu den Kosten. Die geplanten Bauarbeiten sind genau beschrieben und die Kosten ausgewiesen. Allerdings wissen wir nicht, wie weit die Kostenexplosion in der Bauteuerung hier berücksichtigt ist. Hier hätten wir noch gerne die eine oder andere Information. Sehr löblich ist die beigelegte Karte, welche aufzeigt, wo was gebaut wird. Die GPK empfiehlt, die sehr gründliche Vorlage zu behandeln.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Also, um deine Frage direkt zu beantworten oder die der GPK, wenn man eine solche Ausschreibung macht, solche Werke innerhalb der Gemeinde erneuert, werden automatisch Swisscom und alle Interessierten angeschrieben, ob sie ihre Werke auch erneuern wollen. Das geht automatisch und wird gemacht. Es ist nichts so ärgerlich, als wenn man etwas macht und kurz darauf kommt wieder was und die Strasse wird erneut aufgerissen. Wie der Stand der Kenntnisse ist, weiss ich nicht, also ob da gleichzeitig schon solche Sachen gemacht werden. Gut dann kommen wir zu diesem Projekt von Rüfenacht, welches wir gerne realisieren würden, wie es Marco in der Einleitung schon gesagt hat. Ein Auslöser ist die BAC und das Fernwärmenetz. Dieses einmalige Projekt, das wir in der Gemeinde Worb realisieren dürfen bzw. von der BAC Gruppe der BKW realisiert wird. Es ist so, dass wir in diesen Strassenzügen, die jetzt auch gleichzeitig saniert werden, auch schon Schäden an den alten Graugussrohren hatten. So liegt es natürlich nahe und ist für uns auch ein gewisser Glücksfall, dass wir gleichzeitig auch Sanierungen vornehmen. Nämlich in der ganzen Projektierung, mit den Kosten und in den Ausführungen. Wir als Gemeinde haben einen gewissen Vorteil, da die Firma BAC auch gewisse Kosten tragen hilft. Sei das zum Beispiel der Baustelleninstallationsplatz oder die Strassenzüge, die man aufreisst, helfen sie beim Bezahlen, natürlich auch, wenn der Belag wieder eingebaut werden muss. Beim Projekt selbst, wie ihr in den Unterlagen sehen könnt, gibt es relativ lange Leitungen, die ersetzt werden, über einen Kilometer. Das beinhaltet einerseits den Bergweg, dort ist die Strasse in einem sehr schlechten Zustand. Die Schotterung und alles zusammen wird weggerissen und danach wird neben der Verkabelung der öffentlichen Beleuchtung, die hier auch frisch eingesetzt wird, ein neuer Belag eingesetzt. Die Hinterhausstrasse, die Bächimattstrasse, die Alte Bernstrasse West und die Scheyenholzstrasse sind auch noch ein Thema. Dort ist der Strassenbelag ungefähr überall im gleichen Zustand. Man muss also keine Totalsanierung machen, man erneuert nur die Werke respektive die Meter, welche man aufmacht, um die Leitungen wieder in den Boden zu bringen. Die Beleuchtungen werden auch an allen Orten gemacht, ausser in der Bächimattstrasse. Dort wird die Beleuchtung nicht neu gemacht. Die Realisierung, wie ihr auch seht, sollte eigentlich im März 2023 starten. Die BAC ist ziemlich unter Zeitdruck, aufgrund der grossen Verträge, die sie abschliessen konnten. Sie müssen natürlich auch diese Verpflichtung erfüllen, die Wärme zu einem gewissen Zeitpunkt liefern zu können. Sollte das nicht der Fall sein, müssen sie natürlich für Wärmeerersatz sorgen. Also ihr seht, es geht sehr schnell. Die Fernwärmeleitung geht hier beim Äusseren Stollen hoch Richtung Rüfenacht, unter der Kirche durch in Richtung Bergweg. Sie sind sehr sportlich unterwegs und das muss zügig realisiert werden. Du hast noch etwas wegen den Teuerungskosten gefragt. Also die Preise, die hier sind, die sind verbindlich. Hier sollte nicht noch eine grosse Teuerung zu erwarten sein, denn die BAC braucht sehr viel Material und dass haben sie auch schon zuvor eingekauft. Sonst hätten sie zu diesem Zeitpunkt auch nicht im Herbst im Worboden starten können. Die Mitberichte habt ihr gesehen, es war in der Baukommission und in der Finanzkommission wurde es auch angeschaut und sie haben dem wohlwollend zugestimmt. Ich komme zu den Kreditsummen, die da vergeben werden. Wir haben die Wasserversorgung, das sind 1.209 Millionen Franken, der Strassenbau kostet 240'000 Franken und die öffentliche Beleuchtung kostet 143'000 Franken. Der Gesamtkreditantrag beläuft sich auf 1.592 Millionen Franken. Das ist eigentlich ein rechter Betrag, aber ihr habt auch in den Unterlagen gesehen, es sind viele Strassenabschnitte und über einen Kilometer Rohr, wo ersetzt wird. Zeitlich sind sie verschoben, aber wir denken, es ist das beste, wenn wir mit einem Rahmenkredit reinkommen. Damit man nicht mit jedem einzelnen Strassenabschnitt, den man sanieren will, die ganzen Prozesse in den Behörden, in den Kommissionen und schlussendlich hier im Parlament durchlaufen muss. So kann man das umgehen und Zeit gewinnen. Damit man auch hier bei der Realisierung von diesen verschiedenen Projekten eine gewisse effizient an den Tag legen kann. Auch im Finanzplan sind die Kosten der ganzen Sanierung der Strassenzüge enthalten. Ich hoffe, dass ihr dem Kreditantrag von 1.59 Millionen Franken zustimmt.

Heil Günter, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne hat das gut und umfassend vorbereitete Geschäft gut studiert. Insbesondere die genutzte Synergie bei der Planung wirken hoffentlich beispielgebend. Folglich ist der Sanierungsbedarf auch bei den beschriebenen Strassenabschnitten im Zusammenhang mit dem Bau des Fernwärmenetzes detailliert erklärt und die Projektkosten sind sehr übersichtlich dargestellt. Deshalb wird die Fraktion SP+Grüne diesem Geschäft grünes Licht geben und dem gesamten beantragten Kredit zustimmen.

Bützberger Ernst, Mitte/glp: Die Fraktion Mitte/glp ist für ein Ja des Geschäftes, das gleich vorneweg. Zu den Fakten: Gemäss dem technischen Bericht der Ramseier Ingenieur AG vom 22. Juli 2022 besteht der grösste Teil dieser Frischwasserleitungen im Bereich des geplanten Projektes ausschliesslich aus Graugussrohren. Die Graugussrohre, die kenne ich aus eigener Erfahrung, ich stand selbst ein halbes Jahr im Graben und habe Graugussleitungen durch duktile Leitungen ersetzt. Die Leitungen sind im Alter sehr anfällig, vor allem wenn es im Erdreich Druckveränderungen gibt. So könnte es nach dem Hinterfüllen der neuen Fernwärmeleitungsrohre solche Erddruckveränderungen geben, welche im Nachhinein zu einem Rohrbruch führen. Wie anfällig diese Leitungen sind, hat man nach dem Brand des Restaurants Sonne in Rüfenacht gesehen. Durch die entstandenen Druckschwankungen, hervorgerufen durch die Löschversuche, sind im Leitungsnetz innert kurzer Zeit mehrere Rohrbrüche entstanden. Dies ist typisch für Graugussleitungen. Das ist das Eine. Die Nutzung der Synergie im Tief- und Strassenbau sind ja für alle hier im Saal nachvollziehbar, da muss ich nicht näher darauf eingehen, dass man hier viel Geld sparen kann. Bei einer erwarteten Lebensdauer der PE Leitungen von 80 Jahren macht es Sinn, dass wir im gleichen Zug mit dem Verlegen der Fernheizungsleitungen auch diese Wasserleitungen ersetzen, welche noch nicht am Ende ihrer Lebensdauer sind. Ausser man möchte in fünf bis zehn Jahren die Strasse nochmals aufreissen und die Anwohner erneut mit Baulärm und Verkehrsbehinderungen schikanieren. Ein Rahmenkredit über alle Teilprojekte erachten wir als sinnvoll. Er vereinfacht die Planung, Ausführung und Abrechnung für alle Beteiligten und ermöglicht eine gewisse Flexibilität. Ganz abgesehen davon, dass wir damit auch dem Grundsatz von Einheit der Materie Rechnung tragen. Wir von der Fraktion sind sehr froh darüber, dass die BKW AEK Contracting AG erstens ein solch tolles Projekt in unserer Gemeinde realisiert und zweitens mit dem Fernwärmenetz so zügig vorankommt. Dass wir mit unserem Projekt in ihrem Tempo mithalten können, braucht es diesen Rahmenkredit in dieser Form unbedingt. Darum Ja zu dem Traktandum 6, Ja zu weiteren 80 Jahren sichere Wasserversorgung in diesen Abschnitten und Ja zu diesem Rahmenkredit.

Hager Rolf, FDP: Wasserversorgung, Netzersatz in Koordination mit dem Fernwärmeverbund in Rüfenacht. Die Fraktion der FDP findet es gut, dass in Zusammenarbeit mit dem Wärmeverbund, Swisscom, UPC und BKW die Leitungen ersetzt werden. Es macht keinen Sinn, wenn jetzt nur der Wärmeverbund seine Leitungen in die Strassen macht und der Netzersatz erst später kommt. Es wäre nicht das erste Mal, dass so etwas in Worb gemacht wird. Finanziell macht es auch Sinn, dass man eben die Kosten mit diesem Verbund zusammen teilt. Bei der Vorstellung vom Wärmeverbund in der Baukommission hat einer aus dem Wärmeverbund gesagt, dass sie etwas an Leitungen geben, die noch nicht lange im Boden sind, welche die man noch nicht ersetzen müsste, also gute Graugussrohre. In der Aufstellung der Kosten habe ich dort keinen Betrag entnehmen können und wollte fragen, ob da noch etwas kommt. Das wäre eine Frage. Ich wohne an der Blümlisalpstrasse und habe diesen Sommer das mitmachen können, wie so ein Netzersatz geht. Das ist alles andere als rosig rausgekommen. Ich möchte die Bauverwaltung fragen, welche Massnahmen sie geplant haben, damit der Netzersatz besser läuft als jetzt an der Blümlisalpstrasse oder an der Schulhausstrasse, welcher aus unserer Sicht sehr schlecht abgelaufen ist. Da die Kosten der Wasserversorgung über die Spezialfinanzierung im Finanzplan enthalten sind, stimmt die FDP dem Rahmenkredit von 1.592 Millionen zu.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Es ist so, dass wir eine Vereinbarung mit der BAC haben. Gerade zu diesen Fragen, was eigentlich passiert, wenn Leitungen aufgrund von ihrer Tätigkeiten Erweiterung des Fernwärmenetzes ersetzt werden müssen. Wir haben mit ihnen ein Vertrag abgeschlossen, dass wenn wir nachweisen können, dass die Lebensdauer der Leitungen noch nicht am Ende ist, also noch in einem guten Zustand sind, so dass sie den Ersatz zahlen oder gewisse Kosten übernehmen würden. Und ich habe die Berechnungen die Stephan Hauri für jeden Abschnitt aufgestellt hat und die BAC war auch einverstanden, obwohl sie gesagt haben, dass sie sowas noch mit keiner Gemeinde machen mussten. Aber die BAC war einverstanden, dass wir das anschauen und miteinander besprechen. So viel ich weiss, ich sage das jetzt aus der Erinnerung hinaus, in den fünf Strassenzüge ist nur in einem einzigen Abschnitt die Lebensdauer der Leitung noch nicht vollständig erreicht. Das geht dort glaube ich um 40'000 / 50'000 Franken, aber ich will

mich jetzt auf das nicht behaften. Ich kann dir oder der FDP die Zahlen noch nachliefern, was dort gegangen ist oder zu welchem Entscheid sie schlussendlich gekommen sind. Dies zu eurer Information. Die Blümlisalpstrasse war natürlich eine besondere Herausforderung. Ich denke in diesen Strassen drin, mit diesen vielen Autos, mit dem Hin- und Wegfahren, plus noch eine relativ grosse Baustelle hat natürlich die ganze Bauerei schwierig gemacht. Das ist schon eine Herausforderung für alle Anwesenden gewesen. Es ist klar, es waren nicht alle einverstanden und ich habe auch Telefone deswegen erhalten, weil Schleichwege genutzt wurden. Man muss schon feststellen, zum Teil kennen die Leute nichts. Sie kennen nichts, sie sind hemmungslos, es spiel ihnen keine Rolle. Sie gehen durch Privatwege, sie suchen Schlupfwege. Es ist schwierig dies zu unterbinden. Man kann nur hoffen, dass man gewisse Lehren daraus gezogen hat, bei der Sanierung der Blümlisalpstrasse. Aber genau applizieren kann man das natürlich nicht. Im Bergweg wird es schon wesentlich weniger Verkehr haben. Aber bei der Scheyenholzstrasse könnte das ein Thema sein. Ich denke, bei der Blümlisalpstrasse war erschwerlich, dass es eine Sackgasse ist. Das war eine rechte Herausforderung. Es tut mir leid, für die Geduld, die ihr dort erleiden musstet. Ich hoffe, dass nach der Sanierung und allem Drum und Dran, es wieder ein bisschen besser geht für die Anwohner dort hinten. Aber ich denken, es war absehbar. Das ist das Einzige, was man sagen kann, es war absehbar und irgendeinmal ist es vorbei und fertig. Und dann ist in den nächsten 50 Jahren nichts mehr. Da ist manchmal ein wenig Geduld gefragt. Vielen Dank für das Verständnis.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 37 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in den Abschnitten Bergweg, Hinterhausstrasse, Bächimattstrasse, Alte Bernstrasse West und Scheyenholzstrasse mit den peripheren Bauarbeiten am Strassenkörper wird ein Rahmenkredit von CHF 1'592'000.00 für eine Laufzeit von vier Jahren bewilligt.
2. Zuständig für die einzelnen Objektkredite ist der Gemeinderat.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Also ich möchte mich bedanken für diesen einstimmigen Entscheid. Es ist vielleicht ein bisschen komisch, aber für mich ist dies jetzt ein wenig emotional, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich bin selbst überrascht, aber es freut mich trotzdem. Ich habe viele Geschäfte, die ich vertreten muss, die einfach schwierig sind und ein riesiger Kampf. Also ich erlebe es einfach so. Es ist nicht ganz einfach. Aber umso mehr freut mich diese Einstimmigkeit. Danke viel mal.

"Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges", dringliche überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 8	Beschlussnummer 2021/24-132	Geschäftsnummer 36083	Archivnummer 33/10
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind mit den Antworten nicht restlos einverstanden und wünschen deshalb eine Diskussion bzw. beantragen diese Diskussion. Ich wäre euch allen dankbar, wenn wir kurz über diese Thematik diskutieren könnten.

Beschluss zum Antrag auf Diskussion:

Der Antrag auf Diskussion der SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Laut unseren Informationen war auf Simap ein Fahrzeug ausgeschrieben, welches mit deutlich mehr Ausrüstung und Optionen vollgepackt war als das Fahrzeug, welches aktuell eingesetzt wird. Es wurde übrigens ein Fahrzeug mit einem Hackenlift ausgeschrieben. Davon habe ich bisher im Werkhof noch keines gesehen, also deutlich mehr Ausrüstung. Wenn das natürlich so ist, dann ist es aus unserer Sicht keine Ersatzbeschaffung im klassischen Sinne, sondern eine Neubeschaffung mit höherer Ausstattung. In der Stellungnahme des Gemeinderates unter 2.6 "Antworten zu den konkreten Fragen", bei der Antwort auf die Frage 2 ist zu lesen, ich zitiere: "Es müssen keine zusätzlichen Aufgaben oder Arbeiten ausgeführt werden." Da fragen wir uns natürliche, wo bleibt hier die Logik. Es wird ein Fahrzeug ausgeschrieben, das deutlich mehr Ausstattung hat, dadurch auch viel teurer als eine Ersatzbeschaffung eines bestehenden Fahrzeuges ist und am Ende muss dieses Fahrzeug gar keine zusätzlichen Aufgaben und Arbeiten ausführen. Das geht gleich weiter in der Antwort auf die Frage 3. Die Frage, wo nach der Intensität der Arbeiten von einem solchen absoluten Spezialfahrzeug gefragt wird, wird durch den Gemeinderat sehr ausweichend beantwortet. Das Beste ist, es ist die Rede von effizienter und wirtschaftlich günstigster Arbeitserfüllung. Meine Damen und Herren, gegen wirtschaftlich und effiziente Arbeitserfüllung haben wir überhaupt nichts, eigentlich mehr im Gegenteil. Aber ein so viel teureres Fahrzeug mit viel mehr Ausstattung muss doch zwingend mehr Aufgaben abdecken können. Sonst bleibt von Wirtschaftlichkeit und Kosteneffizienz, zumindest nach unserer Logik, am Ende nicht mehr viel übrig. Schlussendlich fragen wir uns auch im Bereich Logistik ein wenig, wie viel Arbeit muss den die gemeindeeigene Logistik erbringen und was könnte man allfällig von partnerschaftlichen Privatunternehmen einkaufen. Ich denke da gerade an das Verschieben, ebengerade von diesen Hackengerätmulden, da haben wir ja sogar in der Gemeinde selbst, ich glaube, sogar mehrere Firmen, die solche Hackengerätmulden verschieben können. Das wollten wir zu diesem Thema noch sagen. Wir werden da sicher weiterhin auch genau hinschauen, wie man im Werkhof in Zukunft unterwegs sein und welche Ziele man verfolgen will.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Danke Hansueli für deine Bemerkungen. Zu diesen Fragen, die der Bauabteilung gestellt wurden und schlussendlich auch von mir unterschrieben worden sind. Es gibt hier schon noch einen gewissen Erklärungsbedarf. Einerseits hast du nicht unrecht mit deiner Haltung oder mit deiner Erkenntnis in denen du sagst, man hätte davor auch kein Hackenfahrzeug gehabt. Also das heisst, wenn man einem Hackenfahrzeug hat, ist man im Stande mit Mulden zu Arbeiten. Das heisst, man kann hier eine Mulde deponieren, man kann diese während einer gewissen Zeit füllen, man kann an einem anderen Ort Mulden deponieren. Das soll in den Abläufen eine gewisse Effizienz geben. Das sind die Vorstellungen, welche man im Werkhof hat, jetzt ein Fahrzeug mit einem Hacken anzuschaffen. Es ist klar, dass das Mehrkosten verursacht, da gibt es, glaube ich nichts dagegen zu sagen. Das ist auch eine Frage der Weiterentwicklung in den Abläufen des Werkhofes. Klar kann man sich auch fragen, gibt es nicht bei den Nachbargemeinden oder sogar hier in der Gemeinde Betriebe, die diesen Service bieten können. Das sind absolut berechnete Fragen. Dies haben wir in diesem Fall nicht weiter angeschaut. Für mich war wichtig dies auch anzuschauen. Es war auch ein Wunsch, dass man eine Kranplattform darauf transportieren kann, damit man Kranarbeiten ausführen kann. Der Kran hätte irgendetwas bei 80'000 Franken gekostet. Hier bei diesen Fragen war für mich zentral, zu wissen, wie es mit der Auslastung aussieht und was es für Alternativen gibt. Muss diese Anschaffung von 80'000 Franken sein. Ich habe immer gewünscht, dass man zuerst eruiert und schaut, ob man das überhaupt braucht. Ich wollte dort auch Zahlen sehen. Das ist für mich auch so ein Beispiel, man hat zusätzlich für 70'000 Franken noch ein Kran- und Allradfahrzeug gekauft, womit man solche Ladearbeiten ausführen kann. Das könnte auch ein Kran ersetzen. Das sind Fragen, wo man sieht, wo man Kosten verursacht und wo man sie einsparen kann. Das sind diese Sachen, wo man sagen könnte, wir hätten es noch besser begründen können. Aber ich glaube, es ist ganz klar, da müsst ihr mir zustimmen, in diesem Bereich bei den Fahrzeugen sind die Kosten ganz klar explodiert. Das ist enorm, was da passiert ist. Das verrückte ist, dass dieses Fahrzeug, das wir jetzt von Meili hatten, das ist ohne Hacken und Muldenservice, das ist klar, hatte den Motor von Mercedes. Nun liefert Mercedes die Motoren nicht mehr an Meili. Das sind die Kenntnisse, die ich habe und mitbekommen

habe. Das war eine zusätzliche Challenge, um das zu akzeptieren oder wir mussten dies einfach so hinnehmen. Es ist aber auch noch hier in der Fragestellung, da möchte ich auch noch darauf hinweisen. Hier bei der Begründung der SVP-FDP, ihr habt dort geschrieben: "Als weiter unumgängliche Zusatzaufwendungen sind die Folgekosten Ausbildung und Schulung Fahrpersonal, CZV-Kurse, etc.." Also du musst ein Lastwagen-Billett haben, wenn das Fahrzeug über 7.1 Tonnen ist. Aber dadurch das die Geschwindigkeit auf 45 km/h beschränkt ist, braucht es das nicht. Man muss kein Lastwagen-Billett haben. Also ich mit meinem normalem Personenausweis kann es auch betätigen. Auch um mit stärkeren Fahrzeugen Winterdienst zu machen, war für mich auch immer ein Thema, eine Offerte zu holen mit Traktor und Anhänger. Es gibt jetzt auch allradbetriebene Traktoren, die gewisse Leistungen haben. Klar man muss ein Anhänger zukaufen, da war für mich auch immer die Frage, wie viel braucht man den, wie viele Fahrten macht man, wie viele Landungen macht man pro Jahr, wie viel Material wird transportiert, dass man überhaupt eine gewisse Grösse für eine Ladebühne haben muss. Solche Fragen waren für mich auch nicht beantwortet. Aber wie gesagt, wir haben das Geschäft vom Gemeinderat aus zurückgewiesen. Und ich habe es damals schon gesagt, Fragestellungen von eurer Seite aus sind gut für mich, dann kann man sich damit auseinandersetzen und den Sachen nachgehen. Das kann ich zu deinen Bemerkungen, Hansueli, wo ihr als Fraktion mit den Antworten nicht zufrieden gewesen seid, noch sagen kann. Ich hoffe, du kannst gewisse Sachen jetzt nachvollziehen.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur dringlichen überparteilichen Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel "Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges" wird Kenntnis genommen.

"Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage", dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 413	17.10.2022	9	2021/24-133	36082	37/1

Gemeinsame Diskussion über die Vorstösse zur Energiemangellage

Detailberatung

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Vielen Dank, dass ich für drei Geschäfte nur einmal nach vorne kommen muss, ich denke es ist auch speditiver. So kommen wir zu später Stunde schneller durch. Ich habe sechs Folien, auf denen ich kurz aufzeige, was die Gemeinde macht, um die Energiesparmassnahmen umzusetzen und auch was noch in der Planung ist. Wir haben vom schweizerischen Städteverband eine Liste erhalten mit Massnahmen, die wir im Gemeinderat durchgegangen sind und beschlossen haben, was wir umsetzen wollen und was wir zur Umsetzung prüfen lassen wollen. Ich kann euch auch schon sagen, die ganz grossen Würfe werden wir nicht mehr umsetzen können. Wir als Energiestadt sind schon sehr gut unterwegs. Da kann ich euch bei den einzelnen Punkten vielleicht noch etwas dazu sagen. Die Kampagne vom Bund werden wir natürlich auf unseren eigenen Kanälen unterstützen. Wir werden auch die Inserate des Bundes in der Werbepost abdrucken lassen und wir werden die Plakate des Bundes sicher auch aufhängen. Massnahmen in den verschiedenen Liegenschaften: Auf der Gemeindeverwaltung werden die Abteilungsleiter die wichtigsten Informationen und Massnahmen immer wieder mit Plakaten und Mails an die Mitarbeitenden weiterleiten. Die privaten Liegenschaftsverwalter informieren wir mit einem Brief. Indem ihnen mittgeteilt wird, wo sie sich beraten lassen können und was die wichtigsten Sofortmassnahmen sind. Das Gewerbe wird nächste Woche am Wirtschaftsbrunch über ihre Möglichkeiten informiert. Zum Beispiel gibt es die professionelle Energieberatung für KMU, PEIK heisst die, von der Energie Schweiz. Dort kann man wirklich sofort Massnahmen umsetzen und auch Geld sparen. Zu unseren öffentlichen Gebäuden: Zum grossen Thema heizen, kann ich euch sagen, einige von euch wissen es vielleicht, die Gemeinde Worb hat seit 2018 strenge kommunale Raumtemperatur- und Belüftungsrichtlinien. Dort ist zum Beispiel ganz klar schon geregelt, dass in Büros und im Klassenzimmer 20 Grad ist, in Treppenhäusern und Turnhallen 16 Grad und in den Garderoben und den Duschen 22 Grad. Also wir haben schon solche Richtlinien, wo wir natürlich dabei sind, diese so umgesetzt. Dazu prüfen wir noch, wo es möglich ist die Temperatur noch mehr zu senken. Zum Beispiel in Lagerräumen und Garagen, natürlich muss man da den Frostschutz beachten. Hier haben wir jetzt eine Firma beauftragt, dass sie uns sagen sollen,

was möglich ist. Weiter prüfen wir im Schwimmbad Rüfenacht, ob die Temperatur noch um zwei Grad gesenkt werden kann, jetzt waren natürlich gerade Herbstferien und es waren nicht alle Abwarte vor Ort. Ja man muss es prüfen. Es war schon immer kalt, auch als ich dort zur Schule gegangen bin. Wir prüfen auch noch inwieweit man das Warmwasser in der Verwaltung abstellen kann. Ob es Sinn macht, ich weiss es nicht, mit Boilern und so, das prüfen wir noch. Die Beleuchtung in den Korridoren wollen wir noch mehr herunterfahren. Empfohlen ist, dass man den Lift nur braucht, wenn nötig. Das kann man nicht ganz verbieten, ist ja klar. Aber ich möchte ein Plakat aufhängen, damit wen jemand kommt und gerade drücken möchte, es sich wieder anders überlegt. Das bringt sicher auch schon viel. Persönliche Kleingeräte werden grundsätzlich untersagt. Das heisst, wenn jemand bei 20 Grad zu kalt hat, macht es wenig Sinn, wenn er einen kleinen Elektroofen einsteckt. Im öffentlichen Raum, ihr seht es, ist keine so grosse Auflistung, da haben wir nicht so viele Möglichkeiten. Vorneweg kann ich euch direkt sagen, wir verzichten auf die Weihnachtsbeleuchtung. Das wird ja immer in der Presse gross geschrieben. Die Strassenbeleuchtung ist auch so ein Energiestadtthema. Da sind wir sehr vorbildlich unterwegs. Seit 2016 sind wir daran in vier Etappen alle Beleuchtungen auf LED umzurüsten. Wir sind jetzt fast fertig. Ausserdem dimmen sich die intelligenten Strassenlampen. Das heisst, von 21:00 – 00:00 Uhr leuchten sie nur noch 50% und von 00:00 – 05:00 Uhr nur noch 30%. Vielleicht ist es manchen auch schon aufgefallen, wenn man vorbeifährt, werden sie wieder heller. Das heisst, wir haben zwar heute schon genügend Zahlen gehört, wir haben den Stromverbrauch um 200 MWh pro Jahr reduziert. Das sind Einsparungen von über 50'000 Franken pro Jahr bei normalen Strompreisen. Die Investitionen für die vier Etappen waren 150'000 Franken. Also in drei Jahren hatten wir das schon wieder draussen. Ich denke, weitere Reduktionen führen zum Thema Sicherheit, war heute ja auch ein Thema. Ich denke, die gefühlte Sicherheit, wenn wir das Licht ganz abstellen, ist dann auch nichtmehr so hoch. Dem müssen wir sicher auch Rechnung tragen. Natürlich werden sämtliche Mitarbeiter auch aufgeforderte selbstständig Energiesparmassnahmen in ihrem Gebiet umzusetzen. Aber natürlich so, dass sie ihre Aufgabe noch erfüllen können. Einige Fragen waren noch zum Thema Ver- und Entsorgung. Ich denke, die allgemeinen Fragen zum Zivilschutz aber auch zum Thema Notfalltreffpunkt sind im Mitbericht der Polizeiabteilung sehr gut beantwortet worden. Ich kann euch aber noch schnell informieren, wir sind in diversen Gemeindeverbänden drinnen, wie dort vorgegangen wird. Ich beginne gleich oben bei der ARA. Die ARA hatte bereits immer ein Notstromkonzept. Das wird jährlich getestet. Die ARA produziert 130% Strom selbst. Also sie gibt 30% Strom in das Netz ab. Das heisst, die ARA könnte über mehrere Stunden autark funktionieren. Dies ist, denke ich, auch ein gewisses systemrelevant und das wird, wenn nicht unbedingt notwendig, auch gerade abgestellt. Der WVRB ist ein Schritt weiter, die sind gesetzlich dazu verpflichtet, uns in Notlagen zu versorgen. Da ist natürlich das grosse Thema, auch schon früher gewesen, Black-outs oder Cyberangriffe. Auch hier besteht ein Notstromkonzept, welches jährlich getestet wird. Er hat mir versichert, es wird richtig getestet. Sie nehmen die Generatoren nach vorne, montieren Schläuche, stellen ihre Stromversorgung ab und danach läuft das so über mehrere Stunden, ohne dass wir etwas davon bemerken. Sie haben fünf grosse und mehrere kleine Generatoren, die sie einsetzen können. Dort müsst ihr noch wissen, 50% vom Wasser, welche sie vor allem von der Äschau nehmen, fliesst ohne Energie. Natürlich ist die Wasserversorgung systemrelevant und wird nicht gerade als erstes abgestellt. Die Abfallentsorgung KEWU ist auch sehr gut unterwegs, auch sie produziert 100% ihres Stromes mit Biogas selbst. Hier ist es noch ein wenig anders, da man den besseren gemacht hat, wenn man den Strom verkauft hat und auf dem freien Markt eingekauft hat. Jetzt sieht das anders aus, darum überlegt man sich, ob man einen Biogasspeicher kaufen will, damit sie auch autark funktionieren. Fernwärme, das hatten wir heute auch schon, da habe ich neulich jemanden getroffen von der BAC. Er hat gesagt, es sei wie jede Heizung, ohne Strom geht einfach nichts mehr. Das ist glaube ich bei jeder Heizung so. Der Vorteil ist noch, dass die Fernwärme recht träge ist. Das heisst, wenn die Wärme einmal im Netz unterwegs ist, geht es lange bis sie wieder draussen ist. Er hat gesagt, wenn wir mehrere Stunden keinen Strom haben, merken wir nicht, dass die Wohnung kälter wird. Warmwasser beim Duschen sieht dann natürlich anders aus. Ich hoffe, ich habe alles erwischt, sonst könnt ihr mir gerne noch Fragen stellen.

Jorio Marco, Mitte/qlp: Der Titel von unserer Interpellation ist "Worb ohne Storm?". Die Antwort des Gemeinderates war für uns sehr mager, wir haben nicht viel erfahren, was passiert, wenn kein Strom mehr kommt. Sicher ist es so, da sind wir einverstanden, dass es wahrscheinlich nicht zu einem totalen Black-out kommt. Schliesslich haben wir Atomkraftwerke und Wasserkraftwerke. Aber wir hätten natürlich gerne gewusst, was passiert, wenn es zu diesen vierstündigen Abschaltungen kommt. Da haben wir relativ wenig erhalten. Jetzt kamen ein paar Informationen. Uns hätte interessiert, was mit dem Wasser geschieht. Haben wir Wasser? Funktioniert das Abwasser oder staut sich alles schön zurück mit wunderbarem Effekt? Hier spricht man von

einem Krisenstab. Was ist das für ein Krisenstab? Ist es ein kommunaler Krisenstab? Ist das ein regionaler Krisenstab? Wieso geht er in den Worboden? Sind dort die Verhältnisse besser? Was macht die Schule, wenn es zu einer vierstündigen Abschaltung kommt? Sind die Lehrer angewiesen worden, Unterricht vorzubereiten ohne Strom? Dass man sich von diesem Computer lösen muss. Uns hat vor allem geärgert, dass der Gemeinderat selbst sagt, dass am 19. September ich zitiere: "Ein umfangreicher Massnahmenkatalog beschlossen wurde." Aber davon haben wir bis jetzt nichts gewusst. Ich nehme an, das war ein Teil, den Adrian jetzt gesagt hat. Wieso da nicht kommuniziert wird, ist mir nicht klar. Wir wünschen uns viel mehr Transparenz und bessere Informationen. Auf jeden Fall, dass was wir bis heute gehört haben, gibt uns nicht sehr grosses Vertrauen. Ich glaube, da muss der Gemeinderat noch einen grossen Schritt nach vorne machen. Wir möchten anregen, dass man in der nächsten oder in der übernächsten Worber Post gründlicher diesen Faden aufnimmt, den Adrian begonnen hat zu spinnen. Damit man wirklich weiss, was passieren kann und was nicht passieren kann. Also da muss man noch einiges machen.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Inzwischen sollte allen klar sein, dass die drohende Energiemangellage alle beschäftigt und dass die Gemeinde Worb handeln muss. Aus der Stellungnahme des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass ein Massnahmenkatalog beschlossen worden ist, das darüber informiert wird und das die Mitarbeitenden der Gemeinde Anweisungen erhalten. Beim Lesen dieser Stellungnahme ist bei mir ein grosses Fragezeichen aufgetaucht. Ich hänge in der Luft. Es kam mir so vor, als wäre ich bei einer Arztkonsultation, wo mir eröffnet wird, dass die Diagnose feststeht und dass es einen Plan gibt. Es gibt aber keine weiteren Informationen, dies folgt dann bei der nächsten Konsultation. Beruhigend finde ich ein solches Vorgehen nicht. Ich will wissen, was die Diagnose ist und welche Möglichkeiten es gibt. Erst heute Abend hören wir von Adrian gewisse Aspekte dieses Massnahmenkataloges. Fragen wie, wann die Massnahmen beginnen, für wen sie gelten und wie informiert wird, wurde jetzt kommuniziert. Die Umsetzung von diesem Massnahmenkatalog beginnt aber erst jetzt. Wir wissen auch noch nicht, wie sich die Problematik entwickelt und ob es weitere Massnahmen braucht. Darum ist aus der Sicht der SP+Grüne klar, das Postulat kann noch lange nicht abgeschrieben werden. Erst im nächsten Verwaltungsbericht können wir meinetwegen darüber diskutieren, ob eine Abschreibung sinnvoll ist. Darum beantragen wir dem Grossen Gemeinderat das dringliche Postulat von der SP+Grüne als erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben, da es noch gar nicht erfüllt ist.

Marchand Andy, FDP: Also ich möchte auf der einen Seite danke sagen für die Antworten, die wir auf unsere gestellten Fragen, die unsere Fraktion, massgeblich ich gestellt habe, erhalten haben. Ich glaube, es macht keinen Sinn, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Die Situation, die auf uns zukommt, ist eine Situation, die für uns alle schwierig ist. Sie ist für den Gemeinderat genau so schwierig, wie für uns vom GGR. Sie ist für jeden auf einer ganz persönlichen und privaten Ebene schwierig. Wir wissen nicht, was kommt. Du hast zuvor gesagt, Marco, man geht davon aus, dass es die Vierstünder sind. Ich kann dir sagen, in den Gremien, die versuchen die Situation vorauszusehen, spricht man davon, dass die Vierstünder mit einer kleineren Wahrscheinlichkeit kommen als ein Black-out. Also den mit den Vierstündern hat man, dank den 95% gefüllten Gasvorräte in der EU, eher nicht. Aber es kippt immer wieder. Ich hatte am 30. März 2022 die erste Schulung zu diesem Thema. Konkret zu dieser Mangellage, die uns jetzt bevorsteht. Wenn ich schauen, was sich im Laufe des Jahres an Annahmen und so verändert hat, ich glaube wir werden es nicht wissen, wir sehen es dann. Es ist ein wenig gleich, wie es mit Corona war. Es ist ein wenig gleich, wie es mit den Ukrainern ist. Es ist einfach, wir sehen es dann. Und wir müssen in diesem Moment richtig handeln. Ich glaube, dass wichtigste ist die Kommunikation, und ich glaube, das ist das, was wir hier jetzt müssen. Es ist jetzt auf jeden Fall etwas in Bewegung gekommen. Das habe ich gemerkt. Im letzten Monat habt ihr darüber nachgedacht und die Verwaltung hat darüber nachgedacht. Ein Teil der Fragen, die ich im Vorstoss gestellt habe, sind dann schlussendlich in der Feuerwehr wieder bei mir auf dem Tisch gelandet und ich durfte sie dann beantworten oder ich durfte sie wieder zurückgeben. Das ist ja auch gut. Darum ist es ja gegangen, dass ist das, was wir jetzt gemacht haben, hier sind wir jetzt dabei. Ich glaube jetzt geht es dann um die Kommunikation. Es geht nämlich auch und die Kommunikation das sich jeder selbst ein bisschen darauf vorbereitet, was auf uns zukommen könnte. Einfach immer getrieben von der Hoffnung, dass wir es nie brauchen. Das ist das, was wir eigentlich wollen. Wir wollen gar nicht in diese dumme Situation geraten. Die notabene, seit der elektrische Strom erfunden wurde, noch nie geübt werden konnte. Wir wissen alle nicht was kommt, wir wissen es einfach nicht. Ich glaube, was man insgesamt zusammenfassen kann, ist, dass wir jetzt schon mal einen Schritt weiter sind. Wir sind sicher noch nicht fertig, da bin ich mit dir völlig einverstanden. Hoffentlich können wir irgendwann einmal darauf zurückgreifen und sagen, gut dass wir darüber gesprochen haben und es nie gebraucht haben.

Vielleicht passiert etwas Schlimmes. Die Schwierigkeit liegt im Detail. Ich habe das auch gemerkt, als wir in der Feuerwehr darüber diskutiert haben. Ja was wäre, wenn? Und wenn der Strom wieder da ist, ist dann wirklich alles wieder normal? Oder denkt dann jemand, wir sollten die Benzinkanister wieder auffüllen. Und haben wir einen Vertrag mit jemanden, dass wir dies dürfen? Hat es genug? Wenn wir nach Frankreich schauen, was da seit zwei/drei Wochen passiert. Die haben ein ganz anderes Problem. Jetzt sind es plötzlich die Tankstellen, die nicht mehr funktionieren. Es sind Kleinigkeiten, was ist, wenn das nicht geht? Was ist, wenn der Wasserverbund plötzlich meldet, wir haben die Generatoren aber kein Benzin drin, weil es dort irgendwo auch noch klemmt. Also ich glaube insgesamt, was ich feststelle, dass hier in der Gemeinde Worb Bewegung reingekommen ist. Wir sind dran. Es geht jetzt dann viel um Kommunikation. Es geht darum, dass das, was wir hier besprechen, auch zu der Bevölkerung kommt. Es geht darum, dass unsere Leute die hier Wohnen auch wissen müssen, wie sie sich verhalten sollen, wenn es darauf ankommt. Was muss ich dann machen. Was muss ich machen, wenn ich die Feuerwehr anrufen muss, da mein Nachbar ein Herzinfarkt hat und mein Handy nicht mehr funktioniert? Was mache ich? Was ist dieser Notfalltreffpunkt überhaupt? Was kann ich dort machen? Was kann ich erwarten? Ich glaube diese Art von Kommunikation, fehlt uns noch und muss noch kommen. Und alles weitere sehen wir dann. Jetzt ist es mehr ein zusammenstellen, was wir haben müssen. Wir müssen uns gegenseitig in die Hände spielen. Wir müssen miteinander denken, es hat hier viele Köpfe, die denken und auch versuchen in die Zukunft zu schauen. Ich weiss es nicht, ihr wisst es alle nicht. Aber aus dem müssen wir jetzt das beste machen. Ich merke aus der Beantwortung der Fragen, dass der gute Wille spürbar ist. Das finde ich gut.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Ich bin letzte Woche mit dem Zug Richtung Basel gefahren und hatte vis-a-vis eine ältere Frau, so gegen 90 Jahre und bin mit ihr ins Gespräch gekommen. Wir haben über dieses und jenes gesprochen und was da draussen so läuft. Irgendwie sind wir auf die Krisen gekommen. Beeindruckt hat mich, als sie sagte, wissen sie junge Frau, ich bin ja nicht mehr so jung, aber das ist egal, die jungen Menschen, ich sage jetzt nicht nur die jungen, es betrifft eigentlich alle, müssen wieder mit Unsicherheiten leben lernen. Ich bin nach Hause und habe gefunden, ja das stimmt eigentlich. Als ich das vorher gehört habe, ist mir das gerade durch den Kopf gegangen. Was sich alle in Eigenverantwortung klar machen müssen, was braucht es überhaupt alles? Vorher war die Rede von Handy, es gibt vielleicht dann noch ein bisschen wichtigere Sachen. Was braucht es alles, was mache ich, wenn ich das nicht mehr machen kann? Kann ich noch von Hand schreiben, wenn ich den Computer nicht mehr gebrauchen kann? Das ist jetzt ein dummes Beispiel, vielleicht ein kleines, aber es beginnt dort. Ich sehe es selbst im Geschäft. Kann man noch eine Zeichnung von Hand machen oder nur noch auf dem Computer? Was machen wir dann? Es gibt unzählige Beispiele. Wichtig ist jetzt auch, es kommt jetzt auch hier ins Rollen, dass wir uns überlegen, dass waren jetzt die grossen Punkte die Adrian uns gezeigt hat, die wichtig sind, aber auch viele kleine sind wichtig, die ein Ganzes geben. Darum überlegen wir alle doch einmal, was brauchen wir und was machen wir dann?

Federer Guido, SP+Grüne: Ich bin einverstanden mit dir, es ist eine Krise, wir wissen Vieles nicht. Es gibt sehr viele Unabsehbarkeiten. Vielleicht müssen oder können wir dann sagen, warum haben wir das alles gemacht, es war ja nichts. Ob etwas passiert oder nicht, hängt von vielem ab. Es hängt von den Temperaturen im Winter ab, es hängt davon ab, wie viele AKWs in Frankreich wiederkommen, die Gasspeicher in Deutschland sind relativ gut gefüllt, dass weiss man. Der Unterschied zu Covid ist aus meiner Sicht, dass es eine Krise mit Ansage ist. Wir haben nicht jetzt ein Problem. Das Problem, dass wir haben könnten, wird tendenziell Ende Februar, Anfangs März kommen. Es ist aber nicht so, dass man sagen kann, wir machen es dann. Wir müssen möglichst bald viel Energie sparen. Dadurch kann man unsere Speicher schonen. Wir können die Gasspeicher in Deutschland schonen, die sehr stark für die Stromproduktion gebraucht werden. Darum denke ich, wäre es sinnvoll, wenn wir möglichst bald auch von der Gemeinde her diese Massnahmen ergreifen. Auch wenn es jetzt eigentlich noch keine Krise ist. Es ist Strom da, man merkt ausser den Preisen nicht wahnsinnig viel. Aber es hilft und es vermindert die Chance, dass wir im Februar oder im März wirklich über die vier Stunden sprechen müssen. Deshalb rufe ich auf, baldmöglichst effiziente Sachen zu machen. Von mir aus gesehen, lohnen sich auch gewisse Investitionen, da die Chance das die Krise nach diesem Winter durch ist, relativ klein ist. Es gibt doch Hinweise darauf, dass die Füllung der Gasspeicher nächstes Jahr schwieriger wird als dieses Jahr. Also immer abhängig davon, was in der Ukraine passiert. Daher muss man vielleicht damit rechnen, dass der nächste Winter auch nicht ganz einfach wird. Es lohnt sich, je nachdem auch zu investieren. So dass wir längerfristig sparen können. Das sind so meine Gedanken dazu.

Fivian Bruno, SVP: Ich habe nur etwas ganz Kurzes. Ich bin in der letzten Sitzung ein wenig hellhörig geworden, als ich die Dringlichkeitserklärung der Postulanten gehört habe. Ich hoffe, ihr vergebt mir, dass ich es mir nicht verklemmen kann, mich hier dazu zu äussern. Ihr kennt meine Haltung und wisst, wo ich da ungefähr stehe. Ihr habt in eurer Erklärung zum Vorstoss erklärt, dass von den französischen Kernreaktoren mehr als die Hälfte nicht in betrieb sind und nicht klar ist, wann diese wieder ans Netz gehen. Mir suggeriert das eine gewisse Erwartungshaltung und ein Wissen über Notwendigkeit über diese Reaktoren. Übrigens betreffend den Massnahmen noch etwas bezüglich Frankreich, ich habe dort gute Bekannte. Die französische Regierung hat letzte Woche den Franzosen den Rat gegeben, folgende Massnahmen zu treffen: 1. Brennholz kaufen. Wahrscheinlich wegen der Kälte. 2. Thermowäsche kaufen. Wahrscheinlich auch wegen der Kälte. 3. Das hat mich jetzt wirklich zum Lachen gebracht, euch vielleicht auch, tatsächlich ein Hühnerhaus und Hühner. Ob das auch wegen der Kälte ist, kann ich nicht beurteilen. Aber es ist also kein Witz. Ich hoffe wirklich, dass ich dieses Mal nicht recht habe, aber ich befürchte, dass alle Massnahmen, in dieser ausserordentlichen Lage, vom Kanton und vom Bund später noch kommen werden. Insofern sehe ich bei den Franzosen und der Interpellation der FDP, die jetzt schon auf das Krisenmanagement anstuern mehr Sinn. Etwas habe ich noch zu den gemeindeeigenen Liegenschaften, zu denen auch die Schulhäuser gehören. Ich sehe da beim Postulat der SP+Grüne nicht, dass die Schulhäuser von weiteren Massnahmen ausgeklammert werden. Somit geht mein Appel an die Verwaltung, dass man in den Schulimmobilien bei den Sparmassnahmen bitte ein wenig nachsichtig ist. Wir werden dem Postulat mit dem Verweis auf meinen Appell mehrheitlich zustimmen.

Beschluss:

Das dringliche Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage" wird als erheblich erklärt.

"Energiemangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?", dringliche Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 413	17.10.2022	10	2021/24-134	36084	37/1

Detailberatung

(Siehe Detailberatung beim Geschäft "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage", dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung. Der Protokollführer.)

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur dringlichen Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Energiemangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?" wird Kenntnis genommen.

"Die Gemeinde Worb und die Stromkrise", Interpellation der Mitte/glp-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 413	17.10.2022	11	2021/24-135	36088	37/1

Detailberatung

(Siehe Detailberatung beim Geschäft "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage", dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung. Der Protokollführer.)

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Die Gemeinde Worb und die Stromkrise" wird Kenntnis genommen.

"Freie Mobilität für Bewohner und Bewohnerinnen des RZB Enggistein", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 12	Beschlussnummer 2021/24-136	Geschäftsnummer 35763	Archivnummer 41/40/0
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Als erstes möchte ich sagen, dass die Abklärungen sehr umfangreich waren. Wir danken Karin und ihrem Team für ihre Arbeit. Ebenfalls möchten wir darauf hinweisen und erwähnen, als man gemerkt hat, dass man für die Abklärungen mehr Zeit braucht, hat man bei uns um eine Verlängerung nachgefragt. Wir schätzen diese Transparenz und auch den Mut dies zu tun sehr. Es ist eine gute Zusammenarbeit. Ich wurde in den letzten Wochen mehrfach auf diese Motion angesprochen. Ich habe unter anderem das Wort illegal gehört. Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, es gibt keine illegalen Menschen. Es gibt nur Menschen in schlimmen Situationen, sagen wir es so. Und es gibt Gesetzgebungen, die aus meiner Sicht ein wenig schief sind. Aber das klären wir nicht in diesem Moment. Momentan werden diese Ausgaben von Privaten und der Kirche getragen. Wir wollen gerne, dass sich die Gemeinde das noch einmal ansieht und sich überlegt, ob man diesen Menschen nicht doch unter die Arme greifen kann. Mir ist aber klar, dass die Motion das falsche Mittel war. Darum beantragt die Fraktion SP+Grüne, dass man diese Motion in ein Postulat umwandelt und als erheblich erklärt.

Stucki Simon, SVP: Nur kurz. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Wir haben die erhaltenen Antworten als gut angesehen. Wir wollen nicht noch zusätzliche Ungleichheiten schaffen.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Ich danke der Fraktion SP+Grüne für die anregenden Gedanken, welche sie uns gegeben hat. Die hatten wir natürlich selbst auch. Wir finden es wichtig, dass die Menschen von Enggistein reisen können. Sie haben zu diesem Zweck auch Velos und Fahrkarten erhalten. Sogar die Sozialbehörde hat Geld dafür frei gemacht, dass diese Fahrkarten eingesetzt werden können. Aber ihr habt die verschiedenen Abklärungen gelesen, die wir unternommen haben. Es ist im Sinne der Gleichberechtigung gegenüber den anderen Asylbewerbern und der ganzen Bevölkerung von Worb und den umliegenden Gemeinden nicht möglich, einen gratis Transport für die Bewohnerinnen und Bewohner des Rückkehrzentrums Enggistein zu vertreten. Eine freie Mobilität mit Velos und Fahrkarten erachten wir als sinnvoll. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, das vorliegende Postulat als nicht erheblich zu erklären. Ich habe noch eine kleine Anmerkung hier, es ist übrigens die Armutsbekämpfung in Worb, welche ich vertagen musste. Dieses Geschäft ist im Termin drinnen.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Freie Mobilität für Bewohner und Bewohnerinnen des RZB Enggistein" wird als nicht erheblich erklärt.

Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Abklärungen zu Steuerbefreiung und Steuererlass"

Sitzung Nr. 413	Datum 17.10.2022	Traktandum 13	Beschlussnummer 2021/24-137	Geschäftsnummer 36154	Archivnummer 23/32
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Im Jahr 2021 lebten, laut Verwaltungsbericht, in der Gemeinde Worb 579 Personen, die Ergänzungsleistungen (EL) erhalten. Die Anzahl EL-BezügerInnen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Laut Steuergesetz (StG) des Kanton Bern, Artikel 41 können Personen, die EL beziehen, einen Antrag auf Steuerbefreiung stellen. Dieser Antrag muss zeitgleich mit der Steuererklärung eingereicht werden.
Art. 41 Besonderer Abzug

¹ Soweit die Verhältnisse, die zu einem Erlass der ganzen geschuldeten Steuer berechtigen, schon bei der Veranlagung bekannt sind, kann auf Antrag der Gemeinde das steuerbare Einkommen durch einen besonderen Abzug auf Null festgesetzt werden.

² Ein Abzug auf null ist nur möglich, wenn weder Eigentum noch Nutzniessung an Grundstücken vorliegt und Einkommen sowie Vermögen die vom Regierungsrat festgesetzten Beträge nicht überschreiten.

Fragen:

- Wie viele Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, hatten im Verwaltungsjahr 2021 eine Steuerbefreiung nach Art. 41 StG?
- Wie viele Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, stellten im Verwaltungsjahr 2021 neu einen Antrag nach Art. 41 StG auf Steuerbefreiung?
- Wie viele dieser neuen Gesuche wurden bewilligt?
- Weist die Gemeinde EL-BezügerInnen auf die Möglichkeit der Steuerbefreiung nach Art. 41 StG hin?
- Welche Möglichkeiten sieht die Gemeinde, EL-BezügerInnen zu unterstützen, damit diese eine Steuerbefreiung erhalten?

EL-BezügerInnen die nach Artikel 41 StG nicht die Möglichkeit haben eine Steuerbefreiung zu beantragen, können nach Art. 240 StG einen Erlass der Steuer beantragen. Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, so hat die steuerpflichtige Person Anspruch auf Steuererlass.

- Wie viele Personen, die Ergänzungsleistungen beziehen, haben im Verwaltungsjahr 2021 ein Gesuch auf Steuererlass beantragt?
- Wie viele dieser Erlassgesuche wurden bewilligt (ganz/teilweise)?
- Wie gross war der Steuerertrag der EL-BezügerInnen im Jahr 2021?"

Michael Suter
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 14. November 2022

Jürg Bigler
Sekretär